

global+liberal

2|2015

Das Auslandsmagazin der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit



Freihandel verbindet

frei handeln!
entscheiden!

- | | |
|--|----|
| + Afrika auf dem Weg zu Frieden, Freiheit und Wohlstand | 3 |
| + Warum niemand den Freihandel in Südasiens wachküss | 8 |
| + Hong Kong - Asiens Boomtown am Scheideweg? | 21 |
| + Freier Handel mit wem? Moldau zwischen der EU und Russland | 24 |

Liebe Leserinnen und Leser

Freihandel ist ein urliberales Thema. Die Freiheit, miteinander in wirtschaftlichen Austausch zu treten, erweitert Handlungsspielräume und schafft neue Möglichkeiten für Produzenten und Konsumenten. Jede Verringerung oder Abschaffung von Handelsschranken bringt Wohlstandsgewinne für viele Menschen.

Doch trotzdem gibt es in vielen Ländern weiterhin große Widerstände gegen den Freihandel. Mächtige Interessengruppen ziehen große Gewinne aus protektionistischen Maßnahmen aller Art. Das geht immer auf Kosten des Wohlstandes aller. So bleibt der Kampf für Freihandel und gegen alle Formen des Protektionismus, seien es Zölle oder nichttarifäre Handelsbeschränkungen, eine Daueraufgabe für alle Liberalen.

In ihrer Auslandsarbeit arbeitet unsere Stiftung in vielfältiger Form mit den Streitern für Freihandel und wirtschaftliche Freiheit zusammen. In diesem Heft wollen wir ihnen Einblicke in den Stand von Verhandlungen über Freihandelsabkommen in verschiedenen Projektregionen geben. Dabei wird klar, dass die Widerstände groß sind. Doch da die Gewinne, die mit der Niederreißung von Handelsschranken verbunden sind, für Freiheit und Wohlstand aller gewaltig sind, lohnt der Kampf für Freihandel überall auf der Welt. Unsere Auslandsarbeit will weiterhin einen Beitrag dazu leisten.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse an unserer Arbeit und wünsche Ihnen eine anregende Lektüre!



Dr. Christian Taaks

Komm. Leiter Fachbereich Internationales

Inhalt

- 3 [Afrika auf dem Weg zu Frieden, Freiheit und Wohlstand](#) Freihandelsabkommen läuten neues Kapitel im Verhältnis zwischen Europa und Subsahara-Afrika ein
- 8 [Ein eingeschläfertes Potential](#) Warum niemand den Freihandel in Südasien wachküsst
- 12 [Frei handeln – Frei entscheiden](#) Freihandel in der EU und den USA
- 18 [Should we be excited about the ASEAN Economic Community?](#)
- 21 [Hong Kong - Asiens Boomtown am Scheideweg?](#) Interview mit dem Chefredakteur der Harbour Times, Andrew Work
- 24 [Freier Handel mit wem?](#) Moldau zwischen der EU und Russland
- 28 [„The Free Economic Zone may attract Serbs to get integrated in the Kosovar society“](#) Questions to Mitrovica's Mayor Agim Bahtiri concerning the free trade zone
- 29 [Turkish-Georgian Economic Relationship as an Example of Good Will and Success of Cooperation](#)

Afrika auf dem Weg zu Frieden, Freiheit und Wohlstand

Freihandelsabkommen läuten neues Kapitel im Verhältnis zwischen Europa und Subsahara-Afrika ein



Foto: CC BY 3.0 hdpicar/Wikimedia

Eine schwierige Beziehung

Vor 528 Jahren umsegelte der Portugiese Bartolomeo Diaz als erster Europäer das Kap der Guten Hoffnung in Südafrika. Diaz war auf der Suche nach einem direkten Seeweg nach Indien und musste nur aufgeben, weil ihn seine skorbutkranke Mannschaft dazu zwang. Die Lorbeeren erntete sein Landsmann Vasco da Gama, der Indien 10 Jahre später auf Diaz' Route erreichte. Auf ihren Routen errichteten die Portugiesen zahlreiche Handels- und Außenposten an Afrikas Küsten. Weitere Seemächte wie die Niederlande oder Großbritannien nahmen sich dies bald zum Vorbild. Der interkontinentale Seehandel der Moderne ward damit geboren. Im berühmten Dreieckshandel wurden in den folgenden Jahrhunderten Millionen schwarzer Sklaven von Afrika in die Kolonien Amerikas verschleppt.

Im 19. Jahrhundert verlagerte sich der Schwerpunkt von der Errichtung von Handelsposten an den Küsten hin zur flächendeckenden Kolonialisierung des gesamten Kontinents. Nicht mehr der Sklavenhandel stand nun im Vordergrund, sondern die Gewinnung von Land und Rohstoffen.

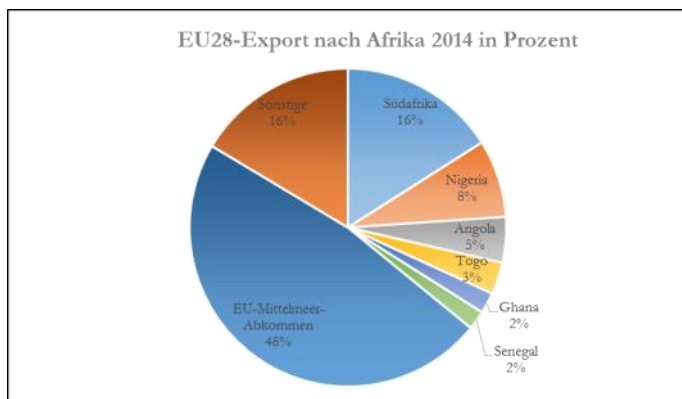
Beinahe ebenso wichtig waren die von Europäern bevölkerten Kolonien als Absatzmärkte für die chronisch defizitären Handelsbilanzen der europäischen Mächte.

Laut UN-Bevölkerungsbericht wird in 35 Jahren ein Viertel der Weltbevölkerung auf dem afrikanischen Kontinent leben. Und mit den Freihandelsabkommen „Economic Partnership Agreements“ (EPAs) leitet die EU weitestgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit eine neue Phase der Zusammenarbeit mit den afrikanischen Staaten ein. Ein Blick auf die Handelsbeziehungen zwischen den Staaten Afrikas und der EU und die Auswirkungen von Freihandel zeigt: Das Verhältnis steht vor einer nachhaltigen und positiven Zäsur.

Afrika im internationalen Handel

Trotz der geographischen Nähe ist Afrika gemessen am Handelsvolumen für die EU-28 relativ unbedeutend. Nur 13 Prozent der EU-Exporte gehen nach Afrika. Mit 15 Prozent liegen die Importe zwar leicht darüber, basieren aber hauptsächlich

auf Rohstoffen und vor allem auf Öllieferungen aus Nigeria und den Maghreb-Staaten. Es ist außerdem zu beachten, dass gut die Hälfte der EU-Exporte nach Afrika für die Staaten des Mittelmeer-Abkommens (Algerien, Ägypten, Tunesien und Marokko) bestimmt sind. Dies lässt sich sowohl durch die geographische als auch die politische Nähe der Maghreb-Staaten erklären. Mit dem Mittelmeer-Abkommen von 2005 besteht zudem bereits seit einiger Zeit ein Freihandelsabkommen mit den Maghreb-Staaten. Subsahara-Afrika hingegen, mit seinen 850 Millionen Einwohnern, ist in der EU-Handelsbilanz massiv unterrepräsentiert.

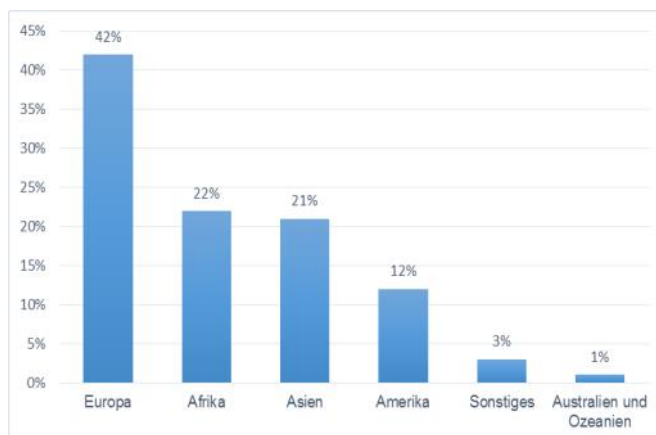


Quelle: Berechnungen von Eurostat 2015

Betrachtet man jedoch die Bedeutung der EU-28 für den afrikanischen Handel, ergibt sich ein anderes Bild. Die Staaten der EU sind vor China der wichtigste Handelspartner Afrikas. 37% der nach Afrika importierten Güter kommen aus den EU-28-Ländern und 42% der aus Afrika exportierten Güter gehen in EU-28-Länder. Und die Wachstumsraten sind enorm. In den letzten zehn Jahren hat sich das Handelsvolumen zwischen der EU und Afrika mehr als verdoppelt.

Zieht man zusätzlich in Betracht, dass der afrikanische Kontinent noch immer einer der am wenigsten industrialisierten Wirtschaftsräume der Welt ist, ergeben sich gigantische Wachstumspotenziale. Ein Weg, wie ihn die asiatischen Staaten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eingeschlagen haben, ist nicht ausgeschlossen. Nicht zuletzt die zunehmende politische Stabilität der Länder des südlichen Afrikas könnte den Standort weiter attraktiver machen und ausländische Investoren anziehen.

Außenhandel Afrikanischer Länder nach Region in Prozent (Export)



Quelle: Berechnungen Statistische Bundesamt 2015

Das Ende der einseitigen Präferenzen

Die Europäische Union und ihre Vorgängerinstitutionen legen bereits seit ihrer Gründung besonderen Wert auf die Beziehungen zu den ehemaligen Kolonien. Der Vertrag von Yaoundé (1963) und die Lomé-Abkommen I-IV sicherten den meisten Staaten Afrikas und der Karibik (AKP-Staaten) stets einen präferierten Zugang zu den europäischen Märkten und umfangreiche Hilfen zu. Es handelte sich hierbei um die einseitige Gewährung von Handelsprivilegien seitens der Europäer. Die afrikanischen Staaten erhoben weiterhin Zölle und verhängten quotenbasierte Handelsbeschränkungen.

Mit der Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) in den 90er Jahren jedoch wurde diese Praktik unter die Lupe genommen. Insbesondere die Vereinigten Staaten störten sich damals am europäischen Bananenmarktregime, das US-amerikanische Produzenten benachteiligte. In der berühmten „Bananenmarktentscheidung“ schließlich erklärte die WTO die einseitigen Handelspräferenzen der Europäer für ihre ehemaligen Kolonien für unzulässig. Der Grund hierfür liegt im so genannten „Most Favoured Nation Principle“ der WTO. Dieses Prinzip besagt, dass Handelsbegünstigungen, die mit einem WTO-Mitglied vereinbart wurden, grundsätzlich auch für alle anderen WTO-Mitglieder gelten sollen. Da die EU den AKP-Staaten ausschließlich und einseitig Handelsbegünstigungen zubilligte, waren diese nicht mit WTO-Recht vereinbar. Mit weitreichenden Folgen.

Die Economic Partnership Agreements

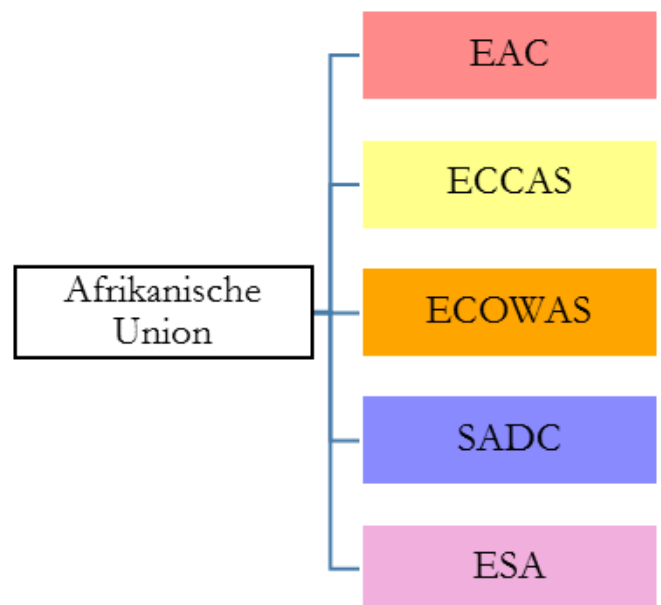
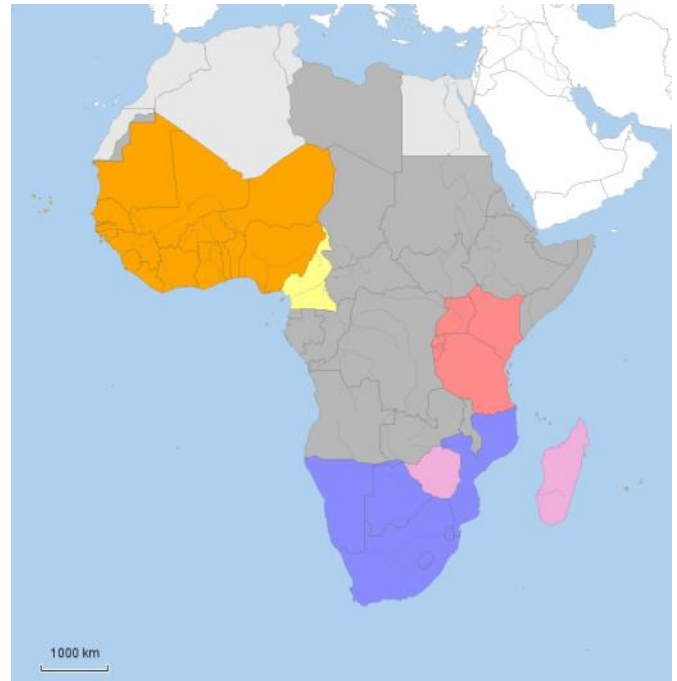
Im Jahr 2000 unterzeichneten die AKP-Staaten und die EU den Vertrag von Cotonou. Dieser beinhaltete die schrittweise Transformation weg von einseitigen Handelspräferenzen hin zu reziproken Handelspartnerschaften, den EPAs. Dem Prinzip der regionalen Integration folgend, sollen die AKP-Staaten gebündelt in regionalen Wirtschaftsgemeinschaften Freihandelsabkommen mit den EU-Staaten verhandeln. Kernelement ist der gegenseitige Abbau von Handelsbarrieren. Außerdem stellte die EU finanzielle Hilfen in Milliardenhöhe im Rahmen des EPA-Development-Programme (PAPED) für die Unterzeichnung von EPAs in Aussicht.

Sei es aus Trägheit oder aus Furcht vor asymmetrischen Handelsbeziehungen mit der Wirtschaftsmacht EU: Bis zur Deadline im Jahr 2008 wurden keine EPAs zwischen afrikanischen Staaten und der EU unterzeichnet. Mit der darauf folgenden Marktzugangsverordnung erhöhte die EU deshalb den Druck auf die AKP-Staaten. Nur diejenigen Staaten, die erkennbare Bemühungen zum Abschluss eines EPA zeigten, durften weiterhin zollfrei Waren in den EU-Raum exportieren. Alle anderen Staaten fielen auf das weniger attraktive Allgemeine Präferenzsystem der EU für wenig und am wenigsten entwickelte Staaten zurück, das im Einklang mit WTO-Recht einseitige Handelspräferenzen unter teils nicht verhandelbaren Bedingungen zubilligt.

Die Maßnahmen der EU zeigten Wirkung. In den beiden wichtigsten regionalen Wirtschaftsgemeinschaften, der *Southern African Development Community* (SADC) (teilweise) und der *Economic Community of West African States* (ECOWAS), liegen unterschriftsreife EPAs vor. Hinzu kommen getroffene Vereinbarungen mit Teilen der *Eastern and Southern Africa* (ESA), der *East African Community* (EAC) und Kamerun als einzigem Vertreter der *Economic Community of Central African States* (ECCAS). Weitere Länder des südlichen Afrikas können den getroffenen Abkommen beitreten.

Damit haben große Teile des afrikanischen Kontinents Freihandelsabkommen mit den EU-28 vereinbart, noch bevor der endgültige Text des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP über-

Länder Afrikas mit EPA*



*EPAs mit SADC-EPA-Staaten und ECOWAS-Staaten sind vereinbart und liegen zur Unterschrift vor

haupt ausgearbeitet ist. Doch warum sollte Afrika überhaupt nach Freihandel streben?

Warum Freihandel?

“I look farther; I see in the Free-trade principle that which shall act on the moral world as the principle of gravitation in the universe,—drawing men together, thrusting aside the antagonism of race, and creed, and language, and uniting us in the bonds of eternal peace.” (Richard Cobden, 1846)

Mit diesen Worten zeichnete der Freihandelsverfechter Richard Cobden im 19. Jahrhundert seine Vision von einer Welt, in der der freie Austausch zwischen den Menschen zu Frieden, Freiheit und Wohlstand führt. Ebenso hartnäckig wie Cobden Handelsbeschränkungen bekämpfte, hält sich gerade unter Staatslenkern auch der Glaube, ein freier Handel zwischen Menschen müsse beschränkt werden.

An die Stelle der (zoll)-gierigen Fürsten von einst sind allerdings heute scheinbar selbstlose Globalisierungskritiker wie ATTAC oder Campact getreten. Sie schüren Ängste vor der Ausbeutung durch die imperialistischen USA oder vom hilflosen Afrika. Sie zeichnen Bilder von übermächtigen und global agierenden Konzernen und bemächtigen sich von Chlorhühnchen bis Gen-Mais – also jedes auch nur erdenklichen Schreckensszenarios, um die Öffentlichkeit in Sorge zu versetzen. Ein beeindruckender Wandel, war es doch einst die politische Linke, die gegen die Konservativen und ihren Protektionismus ins Feld zog. Doch entgegen aller Kampagnen gilt in der globalisierten Welt mehr denn je: Freihandel schafft Chancen.

Freihandel schafft Wohlstand:

Denn wenn Menschen auf einem freien Markt ihre Waren und Dienstleistungen austauschen, gewinnen immer beide Seiten. Das liegt in der einzigartigen Individualität der Menschheit begründet. Keine zwei Menschen auf der Welt können das Gleiche gleich gut. Aber ein Mensch kann immer eine Sache besser als eine andere. Auch wenn Mensch A alles schlechter kann als Mensch B, kann er doch durch den Handel mit Mensch B, und nur durch den Handel, einen Vorteil erreichen. Dieser wird als komparativer Vorteil bezeichnet.

Ein Beispiel verdeutlicht dies: Vor dem Handel braucht Land A 10 Stunden für ein Paar Turnschuhe und einen Pullover, Land B nur 5 Stunden. Land B ist in der Produktion beider Produkte eindeutig effektiver. Treten beide Länder in einen Handel, produzieren jeweils das Produkt, das sie effektiver herstellen, zweimal und tauschen es anschließend miteinander, können beide gewinnen.

Ohne Handel:

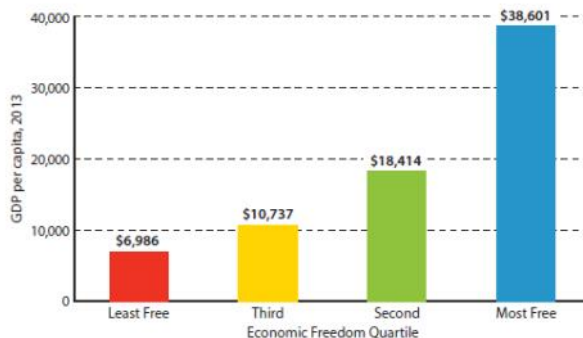
Produkt	Land A	Land B
1 Paar Turnschuhe	4h	3h
1 Pullover	6h	2h
Benötigte Zeit	10h	5h

Mit Handel:

Produkt	Land A	Land B
2 Paar Turnschuhe	8h	-
2 Pullover	-	4h
Zeitersparnis	2h	1h

Gleiches gilt auch für komplexe Volkswirtschaften. Auch wenn die afrikanische Produktion in vielen Punkten noch unterlegen ist, kann sie durch Handel ihren Wohlstand mehrten. Die Empirie bestätigt dies: So sieht der „Economic Freedom of the World Report“ eine eindeutige Korrelation zwischen wirtschaftlicher Freiheit und Einkommen.

Korrelation von wirtschaftlicher Freiheit und Einkommen



Note: Income = GDP per capita, (PPP constant 2011 US\$), 2013.
Sources: Fraser Institute, *Economic Freedom of the World: 2014 Annual Report*; World Bank, *World Development Indicators*.

Freihandel schafft Frieden:

*„Wenn Waren nicht die Grenze passieren dürfen, dann werden es Soldaten“
(wird Frédéric Bastiat zugeschrieben)*

Menschen, die miteinander handeln, haben nur wenig Interesse an Krieg und Unfrieden. Einerseits bringt der Handel Menschen in Kontakt und baut auf diese Weise Vorurteile ab, schafft aber auch gegenseitige Abhängigkeiten. Andererseits schädigen interstaatliche Konflikte zu allererst der Geschäftstätigkeit. Wirtschaftliche Integration bringt auf diese Weise selbst lange Zeit verfeindete Nationen zusammen. Das wohl beste Beispiel hierfür ist die Europäische Union, als eines der größten Befriedungsprojekte der Weltgeschichte. Über das Mittel der wirtschaftlichen Integration und der Zollunion ist nach Jahrhunderten der Feindschaft eine Befriedung gelungen, die schließlich sogar in eine politische Integration mündet.

Auch das Risiko eines innerstaatlichen Konflikts wird durch Freihandel gesenkt. Denn es gilt: Je größer die ökonomische Freiheit, desto höher der Wohlstand und damit die Zufriedenheit einer Bevölkerung. Ist die Zufriedenheit der Bürger eines Landes hoch, desto weniger sind geneigt, diese für innerstaatliche Aufstände zu riskieren.

Freihandel: Eine Chance für Afrika

Die Staaten Subsahara-Afrikas fielen über Jahrhunderte den Interessen der europäischen Großmächte zum Opfer. Millionen mussten unter Sklavenhandel, Kolonialismus und willkürlich aufoktroierten Grenzen leiden. Der Weg in die Unabhängigkeit war und ist unter diesen Umständen ein steiniger. Vielerorts haben despotische Machthaber das Recht in die eigene Hand genommen und sich auf häufig brutale Art und Weise bereichert. Doch in den letzten zwei Jahrzehnten zeichnet sich eine Stabilisierung der Lage ab. Stabile Demokratien entstehen und die junge afrikanische Elite tritt vielerorts konsequent für Rechtsstaatlichkeit ein. Die gewaltigen Potenziale Afrikas treten mehr und mehr zutage.

Klar ist, dass Armut und Unrecht weiterhin be-

kämpft werden müssen. Die EU darf nicht die Augen verschließen und muss Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit einfordern. Die Entwicklungshilfe nach dem Gießkannenprinzip ist gescheitert. Mit den EPAs kann gleichzeitig ein neues erfolgreiches Kapitel im Verhältnis zwischen den Nachbarn Europa und Afrika aufgeschlagen werden.

Freihandel bietet Chancen. Er verheißt den Menschen in Subsahara-Afrika die Aussicht auf Wohlstand und Teilhabe an den internationalen Märkten. Und er kann zu einer Zukunft Afrikas in Wohlstand, Frieden und Freiheit beitragen. Im Sinne des komparativen Vorteils bietet Freihandel zwischen den Staaten Afrikas und Europas aber auch Chancen für Europa. Eine enge Partnerschaft mit dem schlafenden Riesen Afrika ist im ökonomischen und politischen Interesse Europas. Unterdessen kann eine Partnerschaft auf Augenhöhe die rückständige Stigmatisierung Afrikas als Kontinent der Probleme beenden.

Die EU muss diesen Prozess in den nächsten Jahren klug fortsetzen. Es darf nicht der Eindruck entstehen, die Staaten Afrikas würden zu ihrem Glück gezwungen. Gleichzeitig muss der Freihandelsprozess von der Festigung einer rechtsstaatlichen Institutionenordnung in den afrikanischen Staaten begleitet werden. Dann können die EPAs ein Meilenstein auf dem Weg Afrikas zu Frieden, Freiheit und Wohlstand sein.

Florian A. Hartjen, Master-Student der Rechtswissenschaften in Aberdeen (UK) und Stipendiat der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.

Ein eingeschläfertes Potential

Warum niemand den Freihandel in Südasien wachküst



Der Grenzübergang Wagah Border (Foto: CC BY 3.0 Ekabhishek / Wikimedia)

Lange Schlangen am Grenzübergang Wagah Border zwischen Indien und Pakistan sind ein alltägliches Bild. Teilweise warten hunderte LKW voller Waren stunden-, manchmal auch tagelang, bis sie die paar Meter ins Nachbarland fahren dürfen. Das Nadelöhr Wagah Border, der einzige Übergang auf gut 2.900 km, steht dabei sinnbildlich für den Zustand des Freihandels in der Region Südasien.

Der Zustand des Freihandels in Südasien

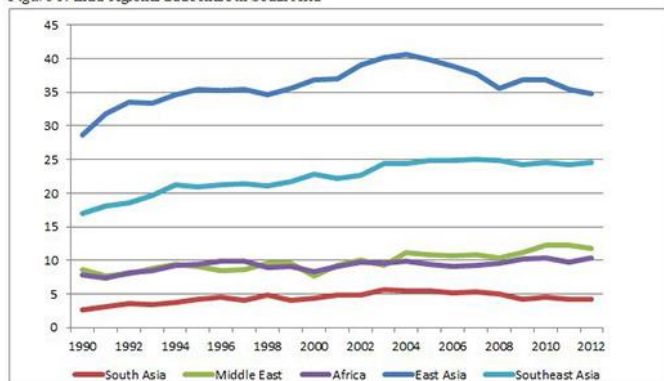
Die regionale Kooperation in Südasien wurde offiziell mit der Gründung der SÜDASIATISCHEN VEREINIGUNG FÜR REGIONALE ZUSAMMENARBEIT (SAARC)¹ im Jahr 1985 beschlossen. 1993 wurde das Südasiatische Präferenzhandelsabkommen (SAPTA) beschlossen, welches 2004 zum Südasiatischen Freihandelsabkommen (SAFTA) erweitert wurde. Die Ziele des Abkommens sind hoch gesteckt: Neben der Förderung des Wirtschaftswachstums stehen die Bekämpfung der

Armut und die Verbesserung der Lebensqualität durch regionale Handelsintegration auf dem Plan. Aller Rhetorik zum Trotz bleibt Südasien bis heute aber die am wenigsten integrierte Region der Welt, mit starken protektionistischen Bestrebungen in Bezug auf die Freizügigkeit von Waren, Dienstleistungen und Personen.

Um zu verstehen, warum es am grenzüberschreitenden Handel in Südasien mangelt, lohnt ein Blick in das SAFTA-Abkommen. Dieses besteht aus 17 Seiten Vertragstext gefolgt von 39 Seiten mit sogenannten Negativlisten, auf denen die Güter gelistet sind, die einzelne Staaten von Handelserleichterungen ausnehmen. Darunter finden sich auf indischer Seite strategisch eher unwichtige Güter wie Garnelen, Zwiebeln (sowohl frische als auch getrocknete), Kokosnüsse, Gewürze, Alkoholika, Briefumschläge, Skianzüge und Zahnpasta. Insgesamt umfasste alleine der indische Katalog 868 Produkte (die Negativlisten anderer Staaten waren sogar vierstellig). Die vom Abkommen ausgenommen Güter wurden bis heute zwar reduziert, aber noch immer hat Indien als mit Abstand größtes und wirtschaftlich stärkstes Land der Region 614 Produkte auf seiner Liste stehen.

¹ SAARC Mitgliedsstaaten sind Afghanistan, Pakistan, Indien, Nepal, Bhutan, Bangladesch, Sri Lanka und die Malediven.

Figure 1: Intra-regional trade share in South Asia



Source: SACRI (World Bank) computations based on WITS data

Quelle: The World Bank

Es ist nicht ungewöhnlich, dass in Freihandelsabkommen ganze Wirtschaftsbereiche ausgenommen werden und Staaten versuchen, gezielt eigene Produkte zu schützen, wie man es gerade auch in den Verhandlungen um TTP und TTIP sehen kann. Die vergleichbar einfach herzustellenden Güter, die in Südasien allerdings von Handelserleichterungen ausgeschlossen werden, zeigen, auf welchem Niveau sich wirtschaftliche Integration in der Region heute noch befindet.

Obwohl mit Ausnahme des Himalayas kaum geographische Barrieren in der Region bestehen, hinkt die Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur hinterher, was Impulse für verstärkten Handel deutlich reduziert. Keine einzige Fluggesellschaft in der Region betreibt Direktflüge zu den Hauptstädten aller anderen Mitgliedsländer. Jeder, die es über die Wagah Border nach Pakistan schafft und die Bekannten in Delhi darüber informieren möchte, wird feststellen, dass sie mit ihrer indischen SIM-Karte nicht weit kommt, da Roaming zwischen den Staaten nicht funktioniert. Aufgrund der politischen Spaltungen und Konflikte, strikten Visaregelungen und einem eklatanten Mangel an politischem Vertrauen ist der Austausch zwischen Menschen und von Waren nur schwer möglich.

Große Herausforderungen für die gesamte Region

Die fehlende Integration in Südasien hat natürlich zuallererst politische Gründe. Indien und Pakistan sind Erzfeinde (zumindest in den Augen vieler einflussreicher politischer Akteure) und es gibt

kein Land in der Region, das mit allen anderen Mitgliedsstaaten gute und reibungslose Beziehungen führt. Ein gemeinsamer Integrationsmotor, wie man ihn aus der Europäischen Union in Form der Achse Berlin-Paris kennt, ist nicht vorhanden und auch auf absehbare Zeit nicht vorstellbar.

Trotz robusten Wirtschaftswachstums in den südasiatischen Ländern in den letzten zehn Jahren steht die Region für lediglich drei Prozent des globalen BIP. Fast 40 Prozent der Einwohner in der Region leben mit weniger als 1,25\$ pro Tag, 65% der Bevölkerung haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Es befinden sich 35% der globalen unterernährten Bevölkerung in der Region, und über eine Milliarde Menschen sind ohne sanitäre Einrichtungen. Die intraregionalen Exporte sind geringer als die weltweiten Exporte von Südkorea. Große Herausforderungen wie zunehmende Ungleichheit, Umweltzerstörung, Klimawandel und fehlende Ernährungs- sowie Energiesicherheit stellen Bedrohungen für den Wohlstand und die Entwicklung der gesamten Region dar.

Vor diesem Hintergrund war die Hoffnung groß, als der indische Premierminister Narendra Modi zu seiner Amtseinführung 2014 neben den anderen SAARC Staats- und Regierungschefs auch Pakistans Premier Nawaz Sharif einlud. Denn am Ende des Tages ist allen Akteuren in der Region bewusst, dass es auf das Verhältnis zwischen Neu Delhi und Islamabad ankommt, wenn die wirtschaftliche und politische Integration verbessert werden soll. Hier zeigt sich dann doch eine Parallele zur bereits angesprochenen Achse Ber-



Seltenes Bild Modi und Sharif schütteln die Hände
(Foto: CC BY 3.0 Narendra Modi / Flickr)

lin-Paris, ohne die in Europa nur wenig funktioniert. Die Hoffnungen wurden allerdings schnell enttäuscht. Die Beziehungen zwischen den beiden Nuklearmächten sind heute so schlecht, dass in der Presse tagelang spekuliert wird, ob sich die beiden Regierungschefs während eines SAARC-Gipfels die Hand geben oder sich am Rande der UN-Generalversammlung kurz treffen. Selbst Cricketspiele zwischen beiden Nationen, die früher gerne als Gelegenheit für diplomatische Gespräche auf höchster Ebene genutzt wurden, scheinen heute unwahrscheinlicher denn je.

Die kleinen Erfolge, die auf SAARC-Gipfeltreffen erzielt werden, laufen oft ins Leere aufgrund der volatilen politischen Situation in den Ländern Südasien. Nepal ist seit Jahren gelähmt durch eine Verfassungskrise, die Malediven und Bangladesch erleiden auf dem Weg zu funktionierenden Demokratien Rückschläge. Und Afghanistan ist aufgrund jahrzehntelanger kriegerischer Auseinandersetzungen ohnehin ein Sonderfall. Einzig das kleine Königreich Bhutan befindet sich in einem vielversprechenden politischen Transformationsprozess. Sri Lanka hat sich zwar auf demokratischem Weg von einem autoritären Regime befreit, es bleibt aber offen, ob sich diese positive Entwicklung fortsetzt.

Kleine Schritte, große Wirkung

Wie Montesquieu bereits feststellte, hilft wechselseitiger Handel beim Abbau zerstörerischer Vorurteile. Um diese transnationalen Herausforderungen zu meistern, bedarf es verstärkter grenzübergreifender Kooperation und an vorderster Stelle politischen Willen. Das Resultat könnte eine spürbare Verbesserung der Lebensverhältnisse gerade der benachteiligten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen in Südasien sein.

Der Wille der Privatwirtschaft scheint vorhanden. Denn der erschwerte Marktzugang durch Negativisten bedeutet nicht, dass diese Waren nicht gehandelt würden. Im Gegenteil haben die restriktiven Handelsregime dazu geführt, dass sich ein informeller Handel auf grauen Märkten entwickelt, der Schätzungen zufolge bereits doppelt so groß ist wie der formale Handel in Südasien. Die negativen Folgen davon sind höhere Preise für Konsu-

umenten, Schmiergeldzahlungen durch die Händler an Grenzkontrolleure und Polizisten und niedrigere Steuereinnahmen für die Regierungen. Ein anhaltender und schrittweiser Abbau der Güter auf den Negativisten würde nicht nur zu höheren Einnahmen für Händler und Finanzämter führen. Auch das Vertrauensdefizit würde abgebaut, und illegaler wie unsicherer Warenverkehr über die Grenzen hinweg könnte reduzierte werden.



Reges Treiben auf dem Markt, leider meist nur inländisch— hier in Bangladesch (Foto: CC BY 3.0 Sudipta Arka Das)

Die Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit arbeitet seit 1992 mit dem regionalen südasiatischen Handelskammerverband SCCI daran, Handelshemmnisse in der Region abzubauen. Dies ist ein schwieriger und langwieriger Prozess. Immer mal wieder aufflammende politische Konflikte machen Erfolge in der Wirtschaftskooperation oft wieder zunichte. Dennoch dürfen die Bemühungen für mehr regionale Integration nicht aufgegeben werden, denn sie leisten einen unschätzbaren Beitrag für Frieden und Armutsminderung in Südasien.

Die Infrastruktur zwischen den Ländern bedarf dafür einer Generalüberholung. Das Fehlen von regionalen Straßen-, Flug- und Zugverbindungen ist eines der größten nicht-tarifären Handelshemmnisse. Der ohnehin überschaubare grenzübergreifende Handel wird dadurch teurer und langsamer.

Weithin unterschätzt ist zudem das intraregionale und internationale Potential für Tourismus in Südasien. Offene Grenzen und liberalisierte Visaregime würden nicht nur Familienzusammenführungen in der noch immer durch Krieg und Kolonial-

herrschaft gezeichneten Region erleichtern. Zusätzlich könnten religiöse Stätten in Indien gläubige Muslime aus Bangladesch und Pakistan anziehen und heilige Stätten in Pakistan wären einfacher zugänglich für die indische Sikh-Gemeinschaft. Die Region könnte zudem deutlich mehr Touristen aus der ganzen Welt anziehen. Die geteilte Kaschmir-Region ist ein wunderschöner Flecken Erde, der erschlossen werden könnte, würden sich die politischen Beziehungen zwischen Indien und Pakistan auch nur halbwegs normalisieren.

Traurigerweise ist ein Durchbruch hin zu mehr Freihandel in Südasien im Moment aber unwahrscheinlich. Die Mehrheit der Mitgliedsstaaten der SAARC haben mit sich selbst zu tun. Indien und Pakistan sind momentan nicht daran interessiert, ihr Verhältnis zu verbessern oder zumindest ihre Konflikte auszuklammern, um Schritt für Schritt in anderen Bereichen das Vertrauen zu fördern, um so den Grundstein für mehr Integration in Südasien zu legen.

Ruben Dieckhoff, Regionaler Projektmanager für Südasien.



liberal bittet Freigeister wie Vince Ebert, Jan Fleischhauer, Wladimir Kaminer, Necla Kelek, Harald Martenstein, Michael Miersch, Ulf Poschardt, Terry Pratchett, Roland Tichy, Christian Ulmen und Wolfram Weimer in die Arena.

liberal ist laut Leserpost ein „intelligentes und mit spitzer Feder geschriebenes, exquisites Magazin“.

liberal verleiht der Freiheit viermal jährlich eine Stimme.

liberal wird herausgegeben von der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit.



Online-Bestellung
www.libmag.de/abo/
 oder QR-Code scannen

liberal
 DEBATTEN ZUR FREIHEIT

Frei handeln – Frei entscheiden

Freihandel in der EU und den USA



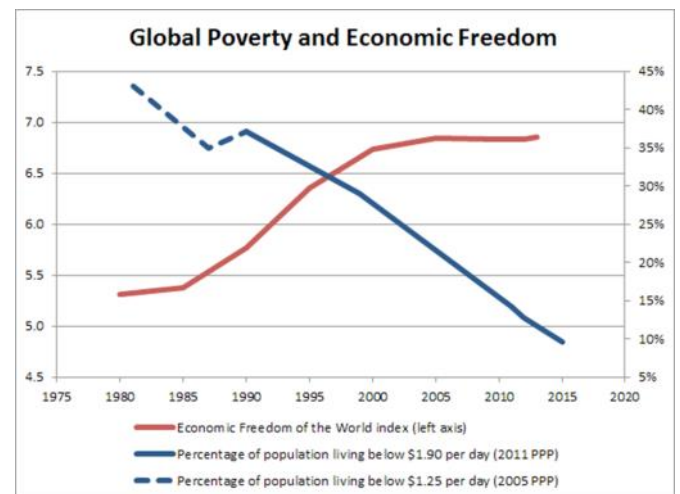
Grafik: Eigene Zusammenstellung (Schiff: CC BY 3.0 Christian Lindecke)

Im Oktober 2015 haben die Vereinigten Staaten von Amerika mit der „Trans-Pazifischen Partnerschaft (TPP)“ ein bedeutendes Handelsabkommen mit elf weiteren Anrainerstaaten des Pazifik abgeschlossen. Seit Mitte des Jahres 2013 verhandeln die USA und die Europäische Union über den Abschluss einer Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP). Ziel beider Abkommen ist die Stärkung der Handelsbeziehungen, die Schaffung von Wachstumsimpulsen und die Vermehrung von Wohlstand. Doch: „Freihandel bedeutet mehr als zusätzlicher Wohlstand; der Geist des Freihandels ist die Reform des innersten Gedankenguts, genauer gesagt, die Quelle sämtlicher Reformen“, so der französische Philosoph Frederic Bastiat im 19. Jahrhundert.

Freihandel fördert globalen Wohlstand

Spätestens seit Adam Smith und seiner Abhandlung über den „Wohlstand der Nationen“ ist deutlich, dass Spezialisierung, Arbeitsteilung und freier Handel den Wohlstand mehren. Die amerikanische Denkfabrik Cato hat die langfristigen Wohlstandswirkungen von Freihandel betrachtet. Durch Zunahme wirtschaftlicher Freiheit und freien Handels ist die Zahl der Menschen, die in absoluter Armut leben, innerhalb von 25 Jahren von etwa

43 Prozent der Weltbevölkerung auf unter zehn Prozent gesunken.¹



Wissenschaftler des Copenhagen Consensus Center erwarten von einer erfolgreichen neuen Handelsrunde der Welthandelsorganisation (WTO), dass der Welthandel um 450 Billionen Euro zunehmen und 160 Millionen Menschen aus der Armut befreit werden könnten.² Doch die seit

¹ Ian Vasquez (2015) „Dramatic Decline in World Poverty“ <http://www.cato.org/blog/dramatic-decline-world-poverty>

² Nina Trentmann (2014) „Freihandel soll 500 Billionen Dollar erwirtschaften“ <http://www.welt.de/wirtschaft/article133487152/Freihandel-soll-500-Billionen-Dollar-erwirtschaften.html>

über 14 Jahren laufende, immer wieder ausgesetzte Doha-Runde der WTO zeigt, wie schwierig es ist, Zölle und nicht-tarifäre Hindernisse multilateral abzubauen. Deshalb sind sowohl die USA als auch die EU bestrebt, Freihandelsfortschritte durch bilaterale Handelsabkommen voranzutreiben. Die Hoffnung besteht darin, dass so langfristig die Doha-Runde wieder belebt und die bilateralen Abkommen als Vorlage dienen könnten. TTIP ist deshalb also auch als Vorlage für ein zukünftiges WTO-Abkommen gedacht. So hoffen US Trade Representative Michael Froman und EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström, im Freihandelsraum des Nordatlantiks Standards setzen zu können, die künftig auch von anderen Akteuren übernommen werden. In dem Maße, in dem das Handelsvolumen zwischen der EU und den USA steigt, werden auch Zulieferer hiervon profitieren. Auch der Vorschlag der EU-Kommission, beim Investitionsschutz private Schiedsgerichtsbarkeit durch einen eigenständigen Gerichtshof zu ersetzen, zielt letztlich auf die Schaffung eines allgemeinen internationalen Gerichtes ab.

Freihandel fördert Wachstum und Jobs

Die Schaffung eines Raums freien Handels gehört von Beginn an zu den Eckpfeilen der europäischen Einigung. Nachdem sich Deutschland, Frankreich, Italien und die Benelux-Staaten als Gründungsmitglieder der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (dem Vorläufer der EU) auf die Schaffung eines gemeinsamen Marktes geeinigt hatten, wuchs die Wirtschaft in der EWG doppelt so stark wie bei den Staaten, die nicht Mitglied waren. Die Schaffung eines gemeinsamen Marktes in Europa mit freiem Handel von Gütern und Dienstleistungen und freiem Kapitalverkehr war eine der größten Errungenschaften der EU.

In den Außenhandelsbeziehungen einigten sich die Mitgliedstaaten auf ein gemeinsames Auftreten und übertrugen die Verhandlungsvollmacht für internationale Handelsabkommen, wie z.B. in jüngster Zeit mit Mexiko, Chile, Südafrika, Südkorea und Kanada an die EU-Kommission. Gegenwärtig werden Abkommen unter anderem mit Japan und insbesondere das ambitionierte TTIP-Abkommen mit den USA verhandelt.

Freihandel in der EU und den USA

EU:

Handelsverträge: Albanien, Bosnien und Herzegowina, CARIFORUM, Chile, die Färöer Inseln, Ekuador, FYROM Mazedonien, Irak, Island, Kamerun, Kolumbien, Madagaskar, Mauritius, Mexico, Montenegro, Norwegen, Papua Neu-Guinea, Peru, Schweiz, Serbien, Seychellen, Simbabwe, Südafrika, Südkorea und Zentralamerika.

Assoziierungsvereinbarungen im Mittelmeerraum: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästinensische Autonomiegebiete, Syrien und Tunesien.

Zollvereine: Andorra, San Marino und die Türkei.

USA:

Handelsverträge: Australien, Bahrain, Chile, die Dominikanische Republik, Israel, Jordanien, Kanada, Kolumbien, Marokko, Mexico, Oman, Panama, Peru, Singapur und Südkorea.

Allein TTIP könnte nach Berechnungen der Brüsseler Denkfabrik CEPR zu einem Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von „68-199 Milliarden Euro für die EU und 50-95 Milliarden Euro für die USA“ führen.³ Dieser Wachstumseffekt kann aber laut CEPR nur dann erzielt werden, wenn ein Abkommen nicht nur Zölle senkt, sondern auch nicht-tarifäre Hindernisse vermindert.

Bereits bestehende Handelsabkommen untermauern dieses Argument, denn Verträge beispielsweise mit Südkorea, Mexiko und Südafrika haben schon positive Auswirkungen auf die EU gehabt. Im Falle Südkoreas sind innerhalb eines Jahres nach Abschluss des Abkommens EU-Exporte nach Südkorea um 37% gestiegen. Das im Jahr 2000 mit Südafrika geschlossene Handelsabkommen führte zu einer 120-prozentigen Steigerung des Handelsvolums für Güter. Freihandel schafft also die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum, aber führt das auch tatsächlich zu neuen Jobs? Eine Studie der EU-Kommission belegt zumindest für die EU, dass eine Stelle im Exportbereich gleich zwei andere Stellen schafft.⁴

³ CEPR (2013) „Reducing Transatlantic Barriers to Trade and Investment: An Economic Assessment“, S.95



Foto: CC BY 3.0 Haus / Wikimedia

Bei einem umfassenden TTIP-Abkommen könnten 10 Millionen neue Arbeitsplätze entstehen, nicht nur in der EU, sondern auf beiden Seiten des Atlantiks.

Fast die Hälfte aller US-Exporte gehen nämlich in die 20 Länder, mit denen die Vereinigten Staaten ein Freihandelsabkommen eingegangen sind, obwohl diese gerade einmal 10 Prozent der globalen Wirtschaft ausmachen. Laut einer im Jahr 2010 durchgeführten Studie der US Chamber of Commerce führte der vermehrte Handel zwischen den USA und ihren Vertragspartnern zu einer Steigerung der Wirtschaftsleistung um mehr als 300 Milliarden US-Dollar und dem Aufbau bzw. Erhalt von 5,4 Millionen Arbeitsplätzen.⁵ Bei 60 Prozent der Einfuhrwaren handelt es sich um Zwischenerzeugnisse, Rohstoffe und Produktionsgüter. Durch die geringeren Kosten können Unternehmen ihre Waren günstiger produzieren und anbieten und so ihren Wettbewerbsvorteil halten. Die niedrigeren Kosten für Waren und Dienstleistungen kurbeln wiederum die Kaufkraft der amerikanischen Haushalte an.

Der Abschluss der Verhandlungen der „Trans-Pazifischen Partnerschaft“ zwischen den Vereinigten Staaten und elf weiteren Pazifik-Anrainerstaaten ist von historischer Größe und gilt als Meilenstein von Präsident Obamas Handelsa-

⁴ Nuno Sousa „Extra-EU exports and employment“ DG Trade Chief Economist Note, No.2 (2012)

⁵ U.S. Chamber of Commerce „Opening Markets – Creating Jobs“ (2010) https://www.uschamber.com/sites/default/files/legacy/reports/100514_ftajobs_full_0.pdf

genda. Gemeinsam machen die Länder rund 40 Prozent der Weltwirtschaft aus. Der asiatisch-pazifische Wirtschaftsraum wächst stetig und man geht davon aus, dass die Region im Jahr 2020 Waren im Wert von fast zehn Billionen US-Dollar importieren wird.⁶ Der Anteil der Waren, den asiatisch-pazifische Länder von den USA importieren, ist jedoch in den letzten Jahren um über 40 Prozent eingebrochen. Bisher fallen für Produkte aus den USA in der TPP-Region hohe Zollsätze an.⁷ Durch TPP haben die USA die Chance ihren Marktanteil in der so wichtigen Region auszubauen.

Freihandel schafft Märkte für kleine und mittlere Unternehmen

Die europäische Wirtschaft ist vom Mittelstand, von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) geprägt. Bereits heute dominieren KMUs den europäischen Exportmarkt für Lebensmittel, Maschinerie, Automobile und Komponenten.⁸ Vor allem kleine und mittelständische Unternehmen profitieren vom Abbau der Handelshemmnisse, da Mehrkosten durch hohe Zölle und nicht tarifäre Handelsbarrieren die Wettbewerbsfähigkeit der KMUs gefährden. Auch von den etwa 300.000 amerikanischen Exportunternehmen sind 98 Prozent KMUs.

Tarifäre und nichttarifäre Handelshemmnisse lassen KMUs allerdings oftmals vor einem globalen Engagement zurückschrecken. Laut einer Studie der EU-Kommission fehlt es an Humankapital, Zeit und Exportkenntnis.⁹ Zudem fehlt auch oft der nötige Kapitalzugang, um ein Produkt an den Weltmarkt zu bringen. Durch Freihandel können solche Hindernisse überwunden werden. Die Brüsseler Denkfabrik ECIPE weist darauf hin, dass TTIP dazu beitragen kann, den Freihandel

⁶ Ed Gerwin (2012) „Boatloads of Growth: Recapturing America’s Share of Asia-Pacific Trade“ http://content.thirdway.org/publications/536/Third_Way_Report_-_Boatloads_of_Growth_Recapturing_America_s_Share_of_Asia-Pacific_Trade.pdf

⁷ Michael Grunwald (2012) „What’s Inside the TTP?“ <http://www.politico.com/agenda/story/2015/10/whats-inside-the-tp-000269>

⁸ <http://www.atlantic-community.org/-/small-and-medium-enterprises-feel-greatest-gain-in-free-trade>

⁹ European Commission (2014) Lejarraga et al.

im Nordatlantikraum künftig „stromlinienförmig und unbürokratisch“ zu gestalten.¹⁰ Bestes Beispiel hierfür ist der gemeinsame europäische Markt, der 28 nationale Regelungen durch eine europaweit geltende ersetzt hat und die Anerkennung bestehender Regeln in allen Mitgliedstaaten festlegte. So wie der gemeinsame europäische Markt zur Europäisierung des wirtschaftlichen Engagements der KMU führte, wird eine transatlantische Investitions- und Handelszone die Export- und Investitionsbereitschaft der KMUs erhöhen.

Freihandel stärkt den Verbraucher

Die Senkung der Handelsbarrieren hat den Weg für stärkeren Wettbewerb in der EU sowie in den USA frei gemacht. Wie es „The Economist“ bereits 2010 berichtete, ist die Verbraucherauswahl auf beiden Seiten des Atlantiks erweitert worden. In amerikanischen Supermärkten findet man 2010 fünf Mal so viele Produkte wie in 1975. In Europa lässt sich der gleiche Trend beobachten. Freihandelsabkommen ermöglichen internationalen Wettbewerb und damit auch mehr Auswahl für den Verbraucher. Ähnlich wird der transatlantische Wettbewerb europäische Produkte für Verbraucher günstiger machen.

Die Kritiker, insbesondere des TTIP-Abkommens, behaupten, durch das Abkommen würden soziale und ökologische Standards aufgeweicht, damit Unternehmen auf beiden Seiten des Atlantiks ihre Gewinne maximieren könnten. Fakt ist, dass es schon heute auf beiden Seiten des Atlantiks hohe Produkt- und Servicestandards gibt. Auf beiden Seiten des Atlantiks basiert unternehmerischer Erfolg auf dem Vertrauen der Kunden in die Qualität der angebotenen Produkte. Das erklärte Ziel des Abkommens ist die Liberalisierung der Handels- und Investitionsströme bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung hoher Umwelt-, Verbraucher- und Sozialstandards. Das hat US-Präsident Obama auf dem EU-USA-Gipfel im März 2014 deutlich betont und ist auch dem EU-Verhandlungsmandat zu entnehmen. Es wäre gerade für den Verbraucher von Nutzen, bestehende Standards nicht wechselseitig anzuerkennen

¹⁰ Maria Salfi (2015) „The Logic of Zero“: Boosting SMEs Trade in TTIP“ <http://ecipe.org/publications/logic-zero-boosting-smes-trade-ttip/> S.2



Foto: Caroline Hauray

und künftige aufeinander abzustimmen. Warum sollte man, wie bisher, weiter Medikamente zweimal langwierigen Zulassungsverfahren unterziehen, wenn sie doch auf beiden Seiten des Atlantiks zur Heilung von Patienten entwickelt werden? Warum müssen Sicherheitsgurte in Autos zweimal entwickelt und geprüft werden, wenn dies das Schutzniveau nicht erhöht, sondern allein das Endprodukt Auto für den Verbraucher teurer macht? Warum können Sahnekuchen in den Rest der Welt, nicht aber in die USA exportiert werden, nur weil die Maschinen zur Sahneherstellung unterschiedliche Anforderungen unterliegen?

Vom Abkommen geht außerdem auch keine Gefahr für den „Lebens- und Arbeitsraum“ aus: deutsches Arbeits- und Umweltrecht ist durch das transatlantische Freihandelsabkommen genau so wenig tangiert wie durch die rund dreißig Abkommen, die die EU bereits mit anderen Staaten geschlossen hat. Freihandelsabkommen wie TTIP, in deren Mittelpunkt auch und gerade gemeinsame Standards und Regulierungen stehen, fördern den Qualitätswettbewerb und sind somit im Interesse der Verbraucher.

Freihandel aus geopolitischen Interessen

Die EU und die USA verfügen gemeinsam über 57% des globalen Bruttoinlandsprodukts (BIP). Damit bilden sie zusammen weltweit den wichtigsten Handelsblock. Doch andere Wirtschaftsmächte, allen voran China, sind auf dem Vormarsch. Bis zum Jahr 2060 soll der OSZE zufolge die chinesische Wirtschaft grösser sein als das gemein-

same Bruttoinlandprodukt der EU und der USA, nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels in den traditionellen westlichen Wirtschaftsnationen.

Insbesondere Präsident Barack Obama verfolgt mit seinen handelspolitischen Initiativen geopolitische Ziele. Durch den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen zu alten und neuen Verbündeten im asiatisch-pazifischen Raum versucht er, den wachsenden Einfluss Chinas einzudämmen. Zwar ist das Transpazifische Handelsabkommen TPP ausverhandelt, doch nun muss es von den Parlamenten aller Mitgliedsstaaten ratifiziert werden. Dabei ist Stimmung im US-Kongress gespalten; dem demokratischen Präsidenten fehlt die Unterstützung seiner eigenen Partei. Voraussichtlich wird der Kongress sogar erst Ende des kommenden Jahres während der „lame duck“ Phase im Präsidentschaftsübergang über den TPP-Vertrag abstimmen. Bis dahin muss Obama weiter für sein Projekt werben und Kritiker von den Vorteilen der Freihandelszone überzeugen.



Der Abschluss der TPP-Verhandlungen wurde auch in Europa mit großem Interesse verfolgt. Auch die EU ist bestrebt, noch innerhalb der Amtszeit Obamas zu einem Verhandlungsabschluss zu kommen. Europäische TTIP-Befürworter hoffen, dass der Abschluss des Mammutprojekts TPP jetzt die volle Aufmerksamkeit

der US-Administration auf TTIP lenkt und die schleppenden Verhandlungen belebt. Die TTIP-Sprecherin der liberalen ALDE-Fraktion, Marietje Schaake, forderte die EU-Kommission jüngst auf, die Verhandlungen mit Volldampf voranzutreiben.

Für die EU ist ein Handels- und Investitionsabkommen mit den USA, gerade nach dem Zustandekommen des TPP-Abkommens, von großer geostrategischer Bedeutung. Es könnte die transatlantischen Beziehungen stärken und so der in den USA zunehmenden Orientierung nach Asien entgegenwirken. Verständigt man sich auf beiden Seiten des Atlantiks auf gemeinsame Produkt- und Dienstleistungsstandards, so wird dies globale Auswirkungen, z.B. auch auf China, haben. Andere Wirtschaftsräume müssten sich den Standards anpassen. Für die EU bestünde darüber hinaus die Chance, die Energieversorgungssicherheit durch Zugang zu US-amerikanischen Energiequellen zu verbessern und unabhängiger von russischen Energieimporten zu werden. Gerade die Russland-Ukraine-Krise führt deutlich vor Augen, wie wichtig ein solcher Schritt wäre.¹¹

Die Stärkung des transatlantischen Bündnisses durch das TTIP-Abkommen ist einer der Gründe für die anhaltenden Proteste gegen das Abkommen, gerade in Deutschland. Hierhinter verbirgt sich neben grundsätzlicher Globalisierungskritik ein zunehmender Anti-Amerikanismus, die Befürchtung, Europa werde zum „Vasall der USA“¹². Dass die USA und Europa nach wie vor von gemeinsamen Werten geprägt sind, gemeinsam für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit eintreten, wird dabei ignoriert.

Frei handeln – Frei entscheiden

Freihandelsabkommen werden von der EU sowie von den USA vorangetrieben, um deren eigene wirtschaftliche Lage zu verbessern und den Weg für Freiheit und Demokratie in der Welt zu bereiten. Die Schaffung von Freihandelszonen ist auch eine geopolitische Frage – und zwar sowohl für die EU als auch für die USA. Ohne den ständigen

¹¹ Judy Dempsey (2015) „Come on Europe, go for TTIP“ <http://carnegieeurope.eu/strategieurope/?fa=61584>

¹² Judy Dempsey (2015) „Come on Europe, go for TTIP“ <http://carnegieeurope.eu/strategieurope/?fa=61584>

Versuch, Freihandel in der Welt voranzutreiben, verliert die demographisch schrumpfende EU bald die Möglichkeit, die Zukunft global mit zu gestalten. Den größten Gewinn bringt Freihandel durch die Schaffung von Wachstum und Arbeitsplätzen und Stärkung eines Bündnisses freiheitsliebender Nationen. Größere wirtschaftliche Chancen und ein wachsender Arbeitsmarkt sind wichtige Bestandteile eines freien Lebens in Selbstbestimmung.

Die Selbstbestimmung des Individuums wird nicht zuletzt durch die größere Auswahl bei Waren- und Dienstleistungen als Folge von Freihandel erweitert. Mehr Auswahl heißt schärferer Wettbewerb, bessere Produkte und ein niedrigeres Preisniveau. Beide der zuletzt genannten Faktoren haben nicht nur Einfluss auf die EU und die USA, sondern sind globale Triebfedern für Wohlstand. Studien belegen den Zusammenhang zwischen Freihandel und Wohlstandswachstum im globalen Vergleich. Bilaterale Freihandelsabkommen können darüber hinaus positive Auswirkungen auf Drittstaaten haben und Freihandelszonen vereinfachen und öffnen internationalen Handel vor allem für kleine und mittelständische Unternehmen, die sonst nicht über die Ressourcen verfügen, am Weltmarkt teilzunehmen.

1979 hat Dahrendorf in seinem Buch *Lebenschancen* geschrieben: „Der aktive Begriff der Freiheit, den ich vertrete, erlaubt keine Ruhe, bevor nicht alle Wege zur Erweiterung menschlicher Lebenschancen erkundet sind, und das heißt, er erlaubt niemals Ruhe.“¹³ Genau dieser *Esprit* bewegt heute Freihändler in der Hoffnung, Selbstbestimmung und Freiheit den Weg zu bereiten.

Hans H. Stein, Regionalbüroleiter Europäischer und Transatlantischer Dialog (ETAD) der FNF, **Håvard Sandvik**, European Affairs Manager und **Iris Froeba**, Policy Analyst und Media Officer.

¹³ Ralf Dahrendorf *Lebenschancen: Anläufe zur sozialen und politischen Theorie*. Suhrkamp-Taschenbuch (Frankfurt a.M., 1979)



Should we be excited about the ASEAN Economic Community?



Photo: CC BY 3.0 Gunawan Kartapranata / Wikimedia

On 8 August 1967 the Foreign Ministers of Indonesia, Malaysia, the Philippines, Singapore and Thailand signed a short document with just five articles. The document was known as the *Bangkok Declaration* and it marked the birth of the ASSOCIATION OF SOUTHEAST ASIAN NATIONS (ASEAN). The original membership of five countries eventually grew to ten, when Brunei, Cambodia, Laos, Myanmar and Vietnam joined the association in subsequent years.

Right from the start the founding fathers of ASEAN declared that one of the purposes of the association is “to accelerate the economic growth, social progress and cultural development in the region through joint endeavours in the spirit of equality and partnership in order to strengthen the foundation for a prosperous and peaceful community of South-East Asian Nations”. They clearly knew that in order to prosper, countries in the region need to work cooperatively.

It is not surprising that the political leaders wanted to cooperate. If we go back into the region’s history, we will see that this is a region that has been enjoying the fruits of regional and global trade and partnerships for a very long time all the way from the 12th century.

The emphasis on trade and partnership is therefore not new. Today, ASEAN is seen as one of

the more successful regional groupings of developing countries. It has a population of more than 625 million, and combined GDP (2014) of USD 2.4 trillion. Its economy is growing healthily at around 4 to 5 percent per year every year for the last decade. For a group of developing countries, the GDP per capita is also healthy at almost USD 4000 (2014). And a study by MCKINSEY & Co in 2014 found that if ASEAN were a single country, it would be the seventh largest economy in the world and it is projected to become the fourth largest economy by 2050.

Chart 1: Key macroeconomic indicators

Total Trade	USD 2,511 billion
Intra-ASEAN trade	USD 608 billion
Total FDI	USD 122.4 billion
Tourist Arrivals	89.3 million

Source: AseanStat, 2014

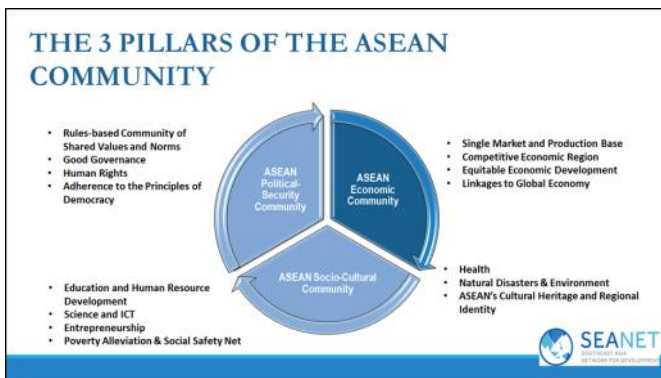
Another milestone will be reached on 31 December 2015. This is the date when the ASEAN Community is supposed to have been formed. There is no real consensus of when the ASEAN Community idea was born, but the term officially entered the ASEAN lexicon in 1997, when the

ASEAN Vision 2020 was published envisioning that ASEAN will become “a concert of Southeast Asian nations [...] living in peace, stability and prosperity, [...] in a community of caring societies.”

The idea was further refined in 2003 when ASEAN leaders stated that by the year 2020 “An ASEAN Community shall be established comprising three pillars, namely political and security cooperation, economic cooperation, and socio-cultural cooperation [...]”. In 2007 ASEAN leaders announced that they want to “accelerate the establishment of an ASEAN Community by 2015.”

Thus we should not expect a sudden transformation on 31 December 2015. The work to create the ASEAN Community has been ongoing for many years during which ASEAN countries have continuously worked to reduce trade barriers and encourage integration on the region.

Chart 2: Three pillars of ASEAN Community



Many parties are excited about the ASEAN ECONOMIC COMMUNITY (AEC), which is one of the three pillars of the bigger ASEAN Community agenda. Some commentators have even compared the AEC with the EUROPEAN UNION. This is too optimistic. There might be some similarities between the spirits of the AEC with elements of the former EUROPEAN COMMON MARKET established by the *Treaty of Rome*. But no ASEAN leader has proposed a union as strong as the EUROPEAN UNION that existed today. The level of development in ASEAN countries vary widely and it is unrealistic to expect a country as developed as Singapore to want to be in an EU-like political union with the likes of Myanmar or Cambodia.

Insert Chart 3: Pillars of AEC

ASEAN ECONOMIC COMMUNITY (AEC)



However the region would certainly benefit from stronger economic integration. Intra-ASEAN trade has increased over the years as ASEAN countries have gradually removed tariff barriers to fulfill their obligations leading up to the AEC. It can be expected that intra-ASEAN trade will grow even more as the AEC formally kicks off.

Chart 4: Trade in ASEAN



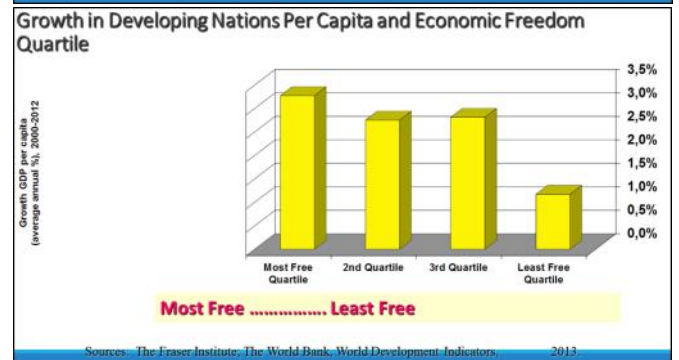
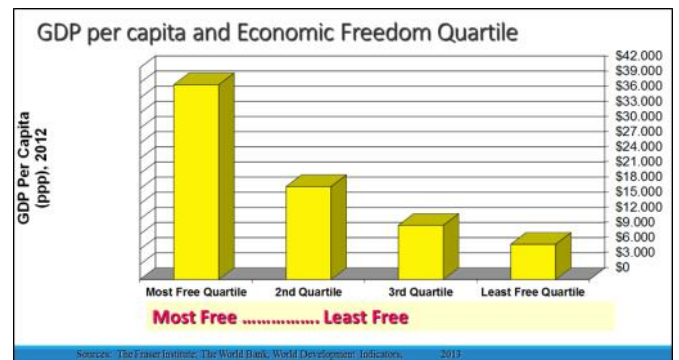
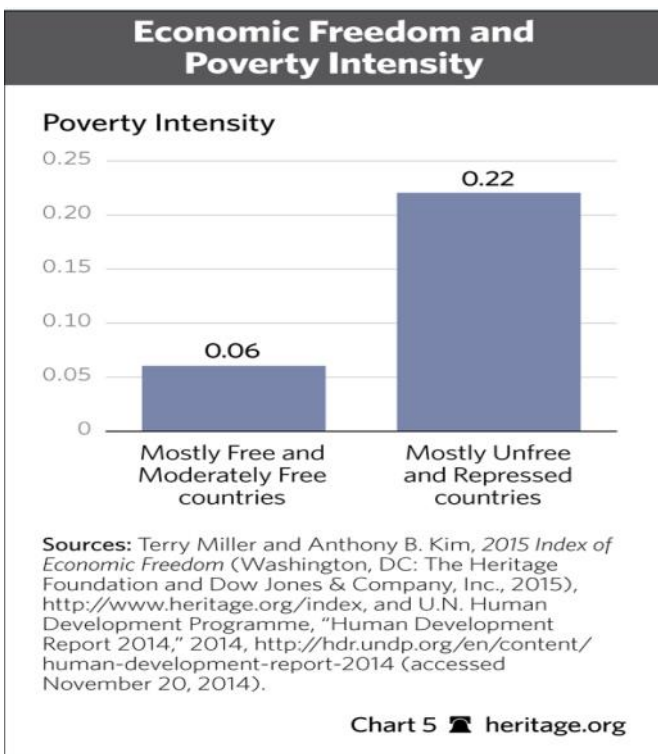
We have seen various steps taken to free up the economy as we get closer to the end of 2015. More import duties have and will be eliminated. Equity restrictions on investments are being removed. Cumbersome procedures are being fixed. In short various barriers to trade have been removed over the years in order to give greater freedom for ASEAN countries to trade with each other.

The steps taken to free up trade in the region can only be expected. Data has consistently shown that economies that are more free have lower level of poverty, higher GDP per capita, and higher rate of GDP growth year on year. For a region that wants to catapult itself to the next stage of development, liberalisation is imperative.

However it is important to recognise that there are risks associated with the creation of the AEC. One

long term risk is that the AEC may become a trading block that is free for internal movements of goods and services but not free for trading outside of the block. Over time, similar to the EU, the AEC may start erecting barriers that make it difficult for goods and services from outside the area

“skilled” person. The word “skilled” was most probably inserted because the more developed ASEAN countries are worried about an influx of migrant workers from the poorer ASEAN countries. To ensure the AEC will be agreed, member countries agreed to a compromise by allowing only the skilled elites to move around. If ASEAN becomes complacent with the AEC and do not push for a proper opening up of the economy, we will eventually see an AEC that benefits only a select group of the population, and this is clearly unacceptable.



to enter. This will be harmful to the region as it will prevent proper integration into the wider global supply chain at a time when the world is fast becoming more globalised.

There is also the risk that, if the AEC becomes a success, countries within ASEAN may become overly comfortable with the successes they achieve in forming the AEC. This would be most unfortunate because in reality the AEC is just a set of compromises made by ten countries to suit the different levels of developments they have today. Typical with all compromises, they are not ideal and some of the agreed terms will only benefit an elite segment of ASEAN people.

The best example of this compromise is AEC’s promise to create a “freer flow of skilled labour”. A proper single economic market will establish a free flow of labour for everyone. But AEC promises free movement only if you are certified to be a

So all in all, yes we should be excited about the creation of the AEC. The liberalisation and integration that it promises has the potential to bring millions out of poverty and catapult the countries into higher income status. But ASEAN must always remember that the AEC is work in progress and the agreement that we have today is not perfect.

31 December 2015 is the deadline for completion of the current set of targets. Post-2015 ASEAN must set new and more ambitious targets to truly make the region an integrated and open economic community.

Wan Saiful Wan Jan, Chief Executive at Institute for Democracy and Economic Affairs (IDEAS)

Hong Kong - Asiens Boomtown am Scheideweg?

Interview mit dem Chefredakteur der *Harbour Times*, Andrew Work

Wolkenkratzer, glitzernde Fassaden, rasantes Wirtschaftswachstum, Reichtum. Für viele ist Hong Kong die asiatische Erfolgsstory schlechthin. Eine Stadt, reich geworden durch Freiheit und Handel, der Inbegriff einer globalisierten Stadt. Doch worauf basiert die Erfolgsgeschichte Hong Kong? Und wie sieht die Zukunft aus? Die Stiftung traf den Hong Kong-Experten Andrew Work zu einem Gespräch.

FNF: Hong Kong gilt als eine der liberalsten Marktwirtschaften der Welt, eine Stadt, deren Reichtum auf dem freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Kapital beruht. In Indices, die den Grad an wirtschaftlicher Freiheit messen, wie zum Beispiel der Economic Freedom of the World Index, ist der erste Platz seit Jahren für Hong Kong gebucht. Worauf baut die Erfolgsgeschichte Hong Kong auf?

Andrew Work: Einer der Gründe ist wohl die Tatsache, dass die profitabelste Ware, die lange Zeit in Hong Kong umgeschlagen wurde, Opium war. Die britische Kolonialregierung hat auf Opium eine 5%-Steuer erhoben, allerdings war die Steuer nicht als Werkzeug für eine wirtschaftliche Entwicklung gedacht, sondern buchstäblich die einzige Einkommensquelle für die Regierung. Als die Regierung in London in den 30er Jahren Schritte unternahm, den Opiumhandel einzudämmen, stand die Kolonie vor einem großen finanziellen Problem. Man ist dann kreativ geworden, auf Nachfrage der Regierung in London waren 1936 plötzlich rund 95% der Einnahmen der Kolonie aus „sonstigen“ Quellen. Wegen den Einnahmen aus dem Opiumhandel sah die Kolonialregierung nie die Notwendigkeit, Import- und Exportsteuern zu erheben.

FNF: Der Opiumhandel kam mit dem II. Weltkrieg dann aber doch zu einem endgültigen Ende. Wie ging es weiter?

AW: Zu diesem Zeitpunkt hatte sich Hong Kong bereits als wichtiger asiatischer Handelsknotenpunkt etabliert. Die Arbeitsplätze der Hong Konger, ihre Einkommen und ihr Wohlstand hingen



Andrew Work ist der Herausgeber und Chefredakteur der Hong Konger Zeitung *Harbour Times* und Mitbegründer des *Lion Rock Institute*, Hong Kongs führendem Think Tank im Bereich Wirtschaft und Partner der Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit. Davor war er als geschäftsführender Direktor der kanadischen Handelskammer in Hong Kong tätig. Herr Work ist Absolvent der McGill University, Montreal, und der University of Victoria. Er lebt seit 1996 in Hong Kong.

bereits zu einem maßgeblichen Teil von den Gütern ab, die im Hafen von Hong Kong umgeschlagen wurden. So hat sich in der Hong Konger DNA auch nie eine Art von Wirtschaftspolitik einnisten können, die zum Beispiel darauf zielt, durch Besteuerung örtliche Industriezweige vor Konkurrenz aus dem Ausland zu schützen. Hong Kong war immer für den Handel weit offen, nur auf wenige Güter werden Einfuhrabgaben erhoben. In manchen Fällen hat sich die Eliminierung von Einfuhrsteuern als sehr vorteilhaft erwiesen.

FNF: Wie zum Beispiel?

AW: Ein jüngeres Beispiel wäre die De-facto-Abschaffung der Einfuhrsteuer für Wein im Jahr 2008. Man hat die Steuer zwar nicht abgeschafft, aber von 60% auf 0% reduziert. Das hatte einen gewaltigen Effekt: Innerhalb von nur einem Jahr

hat sich der Umsatz des in Hong Kong gehandelten Weins verdoppelt. Hong Kong hat sich rasant als Asiens Handels- und Auktionszentrum für exklusiven Wein etabliert. Das ist mittlerweile nicht nur so profitabel, dass zum Beispiel auch Singapur gerne auf den Zug aufspringen würde, sondern hat auch zu Infrastrukturentwicklungen – etwa spezielle Lagerhäuser – und neuen Arbeitsplätzen geführt. Effektiv entstand innerhalb kurzer Zeit so ein komplett neuer Industriezweig.

FNF: In Europa wird derzeit heftig über TTIP, das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen, diskutiert. Hier in der Region wurden Verhandlungen zur Transpazifischen Partnerschaft, oder TPP, unlängst abgeschlossen. Inwieweit sind Freihandelsabkommen für Hong Kong relevant?

AW: Freihandelsabkommen im traditionellen Sinn nicht besonders; bei Freihandelsabkommen geht es ja, um es vereinfacht zu formulieren, hauptsächlich um die gegenseitige Abschaffung von Zollbarrieren und nichttarifären Handelshemmnissen. Da gibt es in Hong Kong nicht viel abzuschaffen. Nun hat Hong Kong in den vergangenen Jahren einige Freihandelsabkommen (zum Beispiel mit der EFTA, Chile, und das Closer Economic Partnership Agreement mit China) unterzeichnet, was im traditionellen Sinn nur wenig Vorteile bringen würde. Aber einige Passagen der Abkommen, speziell CEPA mit China, regeln Bereiche, in denen Hong Kong noch Nachholbedarf hat. Ein Beispiel wäre die gegenseitige Anerkennung von akademischen Titeln und Berufsqualifikationen. Hong Kongs Medical Council [die Ärztekammer, Anm. Red.] schränkt die Möglichkeiten für ausländische Mediziner, sich hier nieder zu lassen und zu praktizieren, schwer ein. Gleiches gilt in einem gewissen Umfang für Juristen. Das sind in meinen Augen unnötige Beschränkungen, ihre Aufhebung im Rahmen von CEPA macht es einfacher, sowohl für ausländische Fachkräfte sich hier niederzulassen, als auch umgekehrt für Hong Konger in China Dienstleistungen anzubieten. In solcher Hinsicht sind Freihandelsabkommen für Hong Kong durchaus relevant und vorteilhaft.

Was die Transpazifische Partnerschaft angeht, so kann man aber getrost davon ausgehen, dass Hong Kong profitieren wird, auch wenn es nicht

Teil des Abkommens ist. Hong Kong hängt stark vom Welthandel ab, geht es diesem gut, prosperiert die Stadt. Geht der Handel zurück, spürt Hong Kong das. Ich gehe davon aus, dass die TPP für Hong Kong sehr vorteilhaft wird.

FNF: Wie sieht die Zukunft Hong Kongs aus?

AW: Das hängt zu einem großen Teil davon ab, wie Hong Kong in Zukunft seinen Regierungschef, den Chief Executive, wählen kann. Das Basic Law [die Verfassung Hong Kongs, Anm. Red.] ist in vielerlei Hinsicht ein fantastisches Dokument, sowohl weil es recht kurz als auch weil es leicht verständlich ist. Aber leider gibt es dem Regierungschef sehr viel Macht. Ein Beispiel: Nehmen wir an, Sie haben eine Beschwerde gegen die Polizei. Da können Sie sich an den Unabhängigen Rat für Beschwerden gegen die Polizei wenden. Dessen Mitglieder werden vom Regierungschef ernannt. Er ernennt aber auch den Polizeichef. Und er hat das letzte Wort, was die Ernennung von Richtern des Obersten Gerichtshofs angeht. Des Weiteren ernennt der Regierungschef auch den Leiter der Anti-Korruptionskommission. Zu viele Institutionen in Hong Kong hängen vom Regierungschef ab, einer Person, die theoretisch zwei Herren hat: Die Bevölkerung Hong Kongs und Peking. Und alle wichtigen Entscheidungen werden von Peking getroffen.

FNF: Es hängt also alles davon ab, ob China Hong Kong versteht?

AW: Ja, tatsächlich. Leider erscheint es im Moment so, als ob die Führung in Peking wenig Verständnis für Hong Kong hat. Peking versteht nicht, dass, je mehr es Hong Kong gängelt, desto mehr Widerstand die Bevölkerung Hong Kongs auszuüben versuchen wird. Manche Hong Konger könnten auch einfach ihre Sachen packen und auswandern. Das sind keine guten Aussichten. Hong Kong wurde reich, weil die Stadt zu einem großen Teil immer tun konnte, was in ihrem Interesse lag. Hong Kong erlebte rasantes Wirtschaftswachstum lange bevor China aufzuholen begann, die Stadt erlebte einen Boom und verhalf Millionen von Einwohnern zu Wohlstand Jahrzehnte vor Chinas Öffnung. Aber diese Sichtweise teilt man in China nicht. Dort herrscht das Denken, das Hong Kong nur wegen China reich wur-

de. Ich denke, dass für Peking im Zweifel Kontrolle wichtiger ist als ein florierendes Hong Kong. Die Überlegung scheint zu sein: Wenn China Hong Kong nicht völlig unter Kontrolle hat, werden andere Regionen in China ebenfalls unruhig werden.

Das Interview führte **Miklos Romandy**, Regionaler Projektkoordinator Südost- und Ostasien.

FNF: Vielen Dank für das Gespräch.

www.freiheit.org in neuem Glanz

Die Website der Stiftung bietet mehr als je zuvor



Die Website der Friedrich-Naumann-Stiftung in neuem Glanz. Neu: Alle Inhalte werden perfekt auch auf Pads und Smartphones dargestellt. Nutzer können ein Profil anlegen, das erleichtert die Anmeldung zu Veranstaltungen und das Bestellen von Publikationen erheblich. Und: Noch mehr als bisher stehen die politischen Themen im Fokus. Denn darum geht's.

www.freiheit.org

The screenshot shows the homepage of the Friedrich-Naumann-Stiftung website. At the top, there are social media icons and navigation links like 'Leistung', 'Nachrichten', 'Presse', 'Service 330 22072634', 'Kontakt', and 'EN'. Below the navigation is a main banner with the text 'Herausgefordert: Freiheit und Demokratie in Europa' and a sub-header 'Ein Dossier auf freiheit.org nach den Anschlägen in Paris'. There are navigation arrows below the banner. The 'Aktuelle Meldungen' section features three articles: 'Idealismus versus Realismus?' (dated 24.11.2015), 'Deutschlands Wohlstand hängt von qualifizierter Einwanderung ab' (dated 24.11.2015), and 'Radio-Journalistin Sabine Adler mit dem Karl-Hermann-Flach-Preis 2015 ausgezeichnet' (dated 21.11.2015). Below these is a 'TTIP-Themenseite' section with a colorful 3D bar chart and the text 'Das transatlantische Handelsabkommen zwischen Deutschland und den USA ist Mittelpunkt einer der heißen politischen Diskussionen dieser Tage.' At the bottom, there is an 'Veranstaltungen' section for '25 Nov' (November 25, 2015, 19:00 - 20:30) in 'Heilbronn', titled 'Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg' with the tagline 'Innovationen für die Zukunft!'.

Freier Handel mit wem? Moldau zwischen der EU und Russland



Foto: CC BY 3.0 Guttorm Flatabø

Als ärmstes Land Europas ist die Republik Moldau zum Spielfeld geostrategischer Interessen geworden. Während sich der Einfluss Russlands in den vergangenen Jahren vor allem auf das Spiel mit der autonomen Region Transnistrien und gelegentliches Säbelrasseln mit Blick auf die proeuropäische Ausrichtung Moldaus konzentrierte, hat der große Nachbar im Fahrwasser der Ukraine-Krise auch seine Handelsposition deutlich verhärtet.

Dabei hätte Moldau die Chance, sich als interessanter Handelsplatz und Brücke zwischen EU und Russland zu etablieren und beide Regionen mit hochwertigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu beliefern. Bereits der Blick auf die Wirtschaftszahlen verdeutlicht dies. Von den 3,5 Millionen Einwohnern arbeitet ein Viertel in der Landwirtschaft und trägt etwa 16 % zur Wirtschaftsleistung (BIP) bei. Von den 7,94 Milliarden Dollar des BIPs entfallen 2,63 Milliarden (33 %) auf Exporte und laut Berichten der Weltbank weitere 26 % auf Überweisungen aus dem Ausland.

Diese starke Außenabhängigkeit macht Moldau jedoch auch besonders angreifbar. So schrumpft Moldaus Wirtschaft nach Wachstumsraten von

9,4 % in 2013 und 4,6 % 2014 in diesem Jahr wieder um 2 %. Hierfür sind zwei Faktoren maßgeblich. Einerseits der Bankenskandal¹, in dem über eine Milliarde Dollar, ein Achtel der moldauischen Wirtschaftsleistung, in dunklen Kanälen versickert ist. Andererseits ein Handelsembargo durch Russland.

Handelssanktionen als politische Waffe

Bereits kurz nach dem Zusammenbruch der UdSSR entstand die Idee einer Freihandelszone (CISFTA) der Mitglieder der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS oder CIS), die 2012 in Kraft trat. Das Abkommen beseitigt weitgehend alle Export- und Importzölle und ersetzt mehr als 100 bilaterale Abkommen der teilnehmenden Staaten. Damit entfallen alle mengenmäßigen Beschränkungen oder andere Schutzmaßnahmen (z. B. sanitäre und epidemiologische) im Gebiet der GUS. Zudem werden alle bestehenden Quoten aufgehoben. Artikel 18 des Abkommens stellt es zudem den Mitgliedern frei, Freihandelsab-

¹ Vgl. dazu unseren FNF-Brennpunkt vom 7.4.2015, <http://www.westbalkan.fnst.org/Brennpunkt-Moldau-20-2015/415c3182711p269/index.html>

kommen mit anderen Ländern abzuschließen oder Zollunionen beizutreten.

Vor diesem Hintergrund erscheint die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens (AA) und des Abkommens zur Schaffung einer vertieften umfassenden Freihandelszone (DCFTA - Deep and Comprehensive Free Trade Area) mit der Europäischen Union 2014 zumindest rechtlich problemlos. Damit hat Moldau die Perspektive auf einen Markt mit über 500 Millionen Menschen, für den fast alle Zölle entfallen. Dies ist vor allem für den Export landwirtschaftlicher Produkte wichtig, die bislang eher in Richtung Russland geflossen sind. Anstatt einer verstärkten trilateralen Kooperation wurde Moldau jedoch Gegenstand der außenpolitischen Agenda Russlands, das die Unterzeichnung der Abkommen mit der EU als Absage an die von ihm initiierte Eurasische Union sah. Entgegen der geschlossenen Verträge brach Russland die im CISFTA gemachten Zusagen. Insbesondere traf dies den Bereich der Agrarerzeugnisse. Zwar ist die EU mit 48 % der Exporte und 45 % der Importe Haupthandelpartner Moldaus, jedoch gingen 2013 91 % der in Moldau erzeugten Früchte an den russischen Markt, insgesamt 43 % aller Agrarprodukte.



Brunnen auf dem staatlichen Weingut Mileștii Mici
(Foto: CC BY 3.0 Joergsam / Wikimedia)

Im Zuge der zunächst für September 2013 geplanten Unterzeichnung der Abkommen mit der EU führte Russland einen Importstopp für alkoholische Getränke ein. Dies traf insbesondere die für Moldau wichtige Weinindustrie, welche schon zu Sowjetzeiten in der Lage war, die ganze Sowjetunion zu versorgen und seither eine entsprechende Exportorientierung besitzt. Es folgte ein ähnliches Verbot für Schweinefleisch im April 2014,

und im Juli 2014 wurde das Embargo auch für Obst und Gemüsekonserven erweitert. Letztendlich hat dann Russland ein komplettes Verbot für alle Fleischsorten sowie Einfuhrzölle für 19 Kategorien von Waren verhängt. Als Grund wurden stets Hygienebedenken angegeben. In den ersten acht Monaten des Jahres 2014 sank Russlands Anteil am moldauischen Handelsvolumen um ein Viertel. Seit der Einführung des Embargos für alkoholische Getränke haben die moldauischen Exporteure mehr als 80 Millionen US-Dollar verloren. Dies entspricht dem Gegenwert von 30 % der gesamten Alkoholproduktion des Landes. Bereits 2006 und 2007 hatte Russland einen Importstopp für alkoholische Getränke verhängt. Damals beliefen sich die Verluste nach Schätzungen auf ca. 180 Millionen Dollar und hatten den Bankrott vieler Betriebe zur Folge.

Es gibt jedoch Ausnahmen. Ab Ende August in 2015 haben die russischen Behörden das Embargo teilweise aufgehoben und der Markt ist für Früchte wieder geöffnet. Dies jedoch nur für Firmen und Erzeuger, die in der Wahlkampagne 2014 die prorussische Sozialistische Partei finanziell unterstützt haben. Gleiches gilt seit September 2015 auch für einige Unternehmen aus der Fleischindustrie. Hingegen ist die Obsteinfuhr aus den autonomen Teilrepubliken Gagausien und Transnistrien seit Juni 2014 erlaubt. Dass die russischen Behörden gerade für Unternehmen aus diesen beiden Regionen das Embargo aufgehoben hatten, ist kein Zufall. Die Bevölkerung aus diesen beiden Regionen ist prorussisch und unterstützt die Integration der Kleinrepublik in die Eurasische Union.

Dies lässt den Schluss zu, dass sowohl diese Maßnahmen als auch die zugehörige Kommunikation darauf gerichtet sind, Moldau von seinem EU-Kurs abzubringen und auch die Stimmung in der Bevölkerung umschwingen zu lassen. Prorussische Kräfte machen sich das für viele Menschen nicht greifbare AA zunutze und schüren Misstrauen und Angst. Der Verlust von Absatzmärkten und Arbeitsplätzen wird ebenso angeführt wie eine Art „Kolonialisierung“ durch die EU. Waren aus der EU würden die Märkte überschwemmen und Moldau zum reinen Absatzmarkt unter der Kontrolle Brüssels werden lassen.

Ein weiterer Puzzlestein sind hier die Arbeitsmigranten, für die Russland mehrere Einschränkungen verhängte. Offiziell waren Anfang 2014 ca. 206.000 moldauische Bürger als Arbeitsmigranten in Russland registriert. Hinzu kommen 88.000 Saisonarbeitskräfte, die zusammen 60 % der Überweisungen nach Moldau tätigen. Inoffizielle Schätzungen gehen jedoch von bis zu 520.000 Personen aus, die oft die einzige Einnahmequelle ihrer Familien sind und somit das russische Drohpotenzial verdeutlichen.

Positive Handelsentwicklung mit schalem Beigeschmack

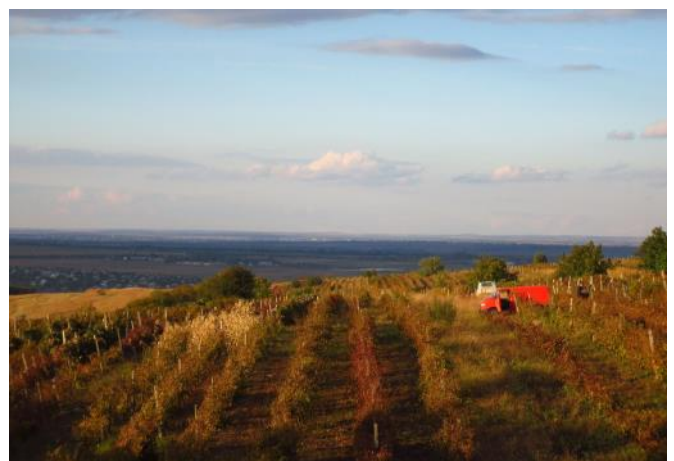
Zwar haben sich die Exporte Moldaus von 2,47 Milliarden Dollar in 2013 auf 2,63 Milliarden Dollar in 2014 erhöht, jedoch ist für 2015 ein Rückgang zu erwarten. Sowohl das Wachstum als auch die Abfederung des zu erwartenden Rückgangs ist ursächlich auf die Unterzeichnung der Abkommen mit der EU zurückzuführen. Seither sind die Exporte in die EU um 20 % auf 1,1 Milliarden Dollar gestiegen – insbesondere die Exporte von Agrargütern, welche die von 2013 um 30 % übertrafen. Schon zwei Monate nach der Unterzeichnung des Freihandelsabkommens war hier ein starker Anstieg zu verzeichnen. Es wurden sechs Mal so viele Tafeltrauben in die EU exportiert, ihr Ausfuhrwert stieg von 1,1 Millionen Dollar in 2013 auf 6,4 Millionen in 2014. Die Weinexporte sind um 26 % gestiegen, von 31,3 auf 39,3 Millionen Dollar. Der Export von Obst und Getreide stieg je nach Produkt auf das Drei- bis Achtfache.

Damit festigt die EU ihre Rolle als größter Handelspartner der Republik Moldau mit 46,4 % des gesamten Handelsvolumens, gefolgt von Russland mit 21,9 % und der Ukraine mit 11,8 %. Seit 2013 ist hier ein Anstieg von 8 % zu verzeichnen.

Russland war bis dato der wichtigste einzelne Exportpartner der Republik Moldau, insbesondere in den Jahren nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Im Jahr 2014 verlor Russland seinen Status als Topdestination für moldauische Exporte an Rumänien. Auf Russland entfielen 18,1 % der gesamten moldauischen Exporte. Zum Vergleich ist die Republik Moldau ein verschwindend kleiner Partner für Russland, auf den nur 0,1 %

der Einfuhren entfallen.

Dennoch bleibt ein schaler Beigeschmack. Obwohl seit der Errichtung der Freihandelszone zwischen der Republik Moldau und der EU die Ausfuhr von bestimmten Kategorien von Produkten in die EU zugenommen hat, kann dies die Verluste durch das russische Embargo nicht kompensieren. Hinzu kommt die durch die weiterhin anhaltende schwierige wirtschaftliche Lage in weiten Teilen Europas insgesamt reduzierte Nachfrage, außerdem die mangelnde Erreichbarkeit einiger europäischer Länder wegen noch fehlender Wettbewerbsfähigkeit oder der Existenz anderer nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Zusammen mit den insgesamt zu beobachtenden wirtschaftlichen Problemen Moldaus stagnierten die Exporte in die EU 2015. Das Statistische Amt der Republik Moldau berichtete, dass zwischen Januar und September 2015, Waren im Wert von 899,4 Millionen US Dollars in die EU exportiert wurden, also 0,6 % weniger als im gleichen Zeitraum im 2014.² Dies trotz Abwertung der Währung um 15% gegenüber dem Euro. Der wirtschaftliche Abschwung, Beschränkung des Zugangs zu Bankkrediten und höhere Preise für importierte Rohstoffe und eine Senkung der Exporten in den GUS-Staaten um 35,6 % im 2015 dämpfen den moldauischen Erfolg deutlich.



Weinberg nahe Bulboaca im Anenii Noi District
(Foto: CC BY 3.0 Nixalsverdrus / Wikimedia)

² <http://www.statistica.md/newsview.php?l=ro&idc=168&id=4951>

Moldau als möglicher Hub zwischen den Wirtschaftsräumen

Die Beziehung zwischen DCFTA and CISFTA könnte zum Vorteil beider Seiten, insbesondere aber der Länder genutzt werden, deren Wohlstand am meisten im Machtkampf zwischen der EU und Russland auf dem Spiel steht. Während die Beziehungen zwischen EU und Russland auf einem Tiefpunkt sind, versuchen die moldauischen Behörden die Wirtschaftsbeziehungen mit Russland erneut aufzubauen.

Größe und geografische Lage könnten dabei insbesondere für Moldau eine Chance sein, als ein möglicher Hub zwischen diesen den Wirtschaftsräumen zu fungieren. Einerseits genießt die Republik Moldau die weitgehend zollfreie Einfuhr und Ausfuhr in die Europäische Union. Andererseits sollte Moldau, dank seiner Mitgliedschaft in CISFTA, die zollfreie Ausfuhr und Einfuhr auf den Markt der GUS genießen. Beide Freihandelsabkommen, mit der EU und der GUS, enthalten die Bestimmung, dass die Unterzeichnerparteien auch andere Abkommen unterzeichnen können. Die Errichtung von Einfuhrzöllen durch Russland ist nach Analyse von Experten der Expert Group Moldova weder mit wirtschaftlichen noch mit rechtlichen Argumenten begründbar. Nach der Meinung dieser Experten könnte Moldau Teil von beiden Freihandelsabkommen sein, ohne gegen die jeweiligen Bestimmungen zu verstoßen. Russland ist demzufolge vertragsbrüchig.

Auch für gegenseitige Investitionsvorhaben würde sich Moldau mit seiner multikulturellen Bevölkerung und seinen historischen Beziehungen eignen. Lukoil nutzte etwa Moldau bereits vor 18 Jahren als Brückenkopf für seine Expansion nach Rumänien. Zurzeit diskutieren moldauische und weißrussische Unternehmer über den Aufbau gemeinsamer Produktionskapazitäten für Maschinen in Moldau, um diese in die EU zu exportieren. Diese Zukunftspläne sind aber abhängig von den Beziehungen zwischen Russland und Moldau. Angesichts des erfolgreichen Misstrauensantrags gegen die pro-europäische Regierungskoalition ist zu befürchten, dass sich die Kräfteverhältnisse in

der neu zu bildenden moldauischen Regierung zugunsten der pro-russischen Kräfte verschieben und sich in der Folge die Beziehungen zur EU dramatisch verschlechtern.

Mit diesen beiden Szenarien vor Augen und dem weiterhin unausgeschöpften Potenzial Moldaus wird sich das Land auf kurz oder lang leider für eine der Seiten entscheiden müssen. Für die EU sprechen das anvisierte Ziel von 11 % Exportwachstum und die starken Direktinvestitionen. Von diesen kommen 60 % aus der EU, nur 24 % aus Russland, und die sehr niedrigen Löhne von durchschnittlich 230 Dollar im Monat machen Moldau attraktiv als verlängerte Werkbank. Jedoch erfordert dies die Modernisierung der Infrastruktur sowie die Umsetzung des DCFTA und damit eine Anpassung an EU-Richtlinien, Grenzsicherung, ein investitionsfreundlicheres Klima und vor allem Korruptionsbekämpfung. Im Gegenzug bietet die EU Kredite in Milliardenhöhe zur Entwicklung der Wirtschaft.

Russland hingegen hat mit seiner Eurasischen Union eine vermeintlich bequemere Alternative im Angebot. Mit Blick auf den derzeit grassierenden Skandal um massive Korruption³, die wiedererstarkten prorussischen Parteien und das Schreckensszenario, das mit Blick auf die Anbindung an die EU an die Wand gemalt wird, bleibt zu befürchten, dass diese weiter an Attraktivität gewinnt.

Daniel Kaddik, Projektleiter der FNF für Südosteuropa und **Vladimir Gilca**, Projektkoordinator der FNF für Moldau.



Grafik: CC TUBS / Wikimedia

³ Vgl. dazu unseren FNF-Brennpunkt vom 16.10.2015, <https://www.freiheit.org/content/brennpunkt-moldau>

„The Free Economic Zone may attract Serbs to get integrated in the Kosovar society“

Questions to Mitrovica's Mayor Agim Bahtiri concerning the free trade zone

In Mitrovica, a town divided between Serbs and Albanians in Kosovo, Mayor Agim Bahtiri recently established a free trade zone. global&liberal talked with him about opportunities and chances.

A free trade zone in a divided city and a state which is not recognized by a number of states worldwide – is this attractive for investors?

In the Free Economic Zone of Mitrovica the businesses are exempted from municipal taxes and from some national taxes, and they benefit from space for the construction of factories free of charge. In the zone the construction of which is ongoing, there will be electricity, water and other necessary infrastructure. In addition, the businesses don't underlie restrictions, and the security situation is improving every day and businesses and investors face no danger.

Could you give us a brief picture how you managed to establish such a free trade zone?

This was a lot of work. As a result of the experience I gained while successfully exercising my business for 23 years in Holland, I invested a lot for the establishment of this zone and thanks to this I found the support of the central level, especially the support of the Ministry of Trade and Industry.

How do you as a liberal mayor see the centralist type of governance in your country?

Of course I am not satisfied with the way the centralized government is governing and for this reason whenever I was given the chance I requested from the government of my country to create maximum conditions of attracting foreign investments, to ensure a legal infrastructure for doing business which is similar to that in Western countries, to entrust the national economic development to the



Agim Bahtiri was elected mayor of Mitrovica in December 2013. He is one out of two liberal mayors in Kosovo. He studied Management in Croatia and the Netherlands. He spend 23 years of his life in the Netherlands, where he worked as trade agent and manager.

experts, and not to burden the businesses with taxes they cannot afford to pay.

Could this free trade zone trigger the integration of Serbs into Kosovo's society?

Absolutely, yes. The Free Economic Zone may attract Serbs to get integrated in the Kosovar society. I have organized an international conference for the investors in Mitrovica, where the number of foreign investors is satisfactory, and among them there were Serbs who showed interest. In fact, the interest of Serbs to cooperate in this field is increasing and the Serbian citizens are interested in finding jobs and in a better life. Now they don't care who owns the business and where the business is located, they care about jobs and about a better life.

Your vision for your city's future in one sentence...

I see my city integrated in all aspects of life, economically developed, with as many young people employed, with fewer social problems and without interethnic problems. This is the goal I have for my city.

Turkish-Georgian Economic Relationship as an Example of Good Will and Success of Cooperation



Photo: CC BY 3.0 Ephraim Stillberg / Wikimedia

The Turkish Republic was one of the first nations to recognize Georgia's independence after the collapse of the Soviet Union on December 16, 1991; diplomatic relationship had been established on May 21, 1992.

Georgia announced its independence from the Soviet Union in April of 1991 despite several predictable economic challenges. Soviet Georgia was not the richest but also not the poorest Republic in the Union; what could be easily discovered was a flourishing underground economy based on bribery (of Moscow officials) and so called *Tsekhs* - illegal entities operating in almost every factory.

The Soviet economy was a centrally planned command system where everything had to be decided in Moscow - prices, volume of production, quality, design etc. The communist party leadership and the central planning authorities were also deciding about where to sell and to supply the produced goods. Thus, industrial entities were tied to each other by commands regardless of their interests.

Georgian industrial factories (around 900) had almost no access to foreign markets; the only exceptions were the soviet satellites of Eastern Europe. But this type of relationship was also impossible without Moscow's full control. Therefore, the soviet Georgian economy was not based on economic interest but on political motives – as a colony forced to serve the empire. The economic space was closed behind the Iron Curtain.

Because of the non-existence of relationship to and competition from global markets the quality of Georgian goods and services as well as labor force and management had stagnated. At the beginning of independence the Georgian economy suffered from one of the worst declines in human history by around 78 percent (GNI, the World Bank information). Almost all the factories and the agrarian sector failed to continue selling their goods to old adapted buyers from the former Soviet Union or to find new partners. The first reason was the inadequate quality of the produced goods. The second was the combination of a lack of knowledge and experience in dealing with global markets, an absence of partners, no established ways and the scarcity of means. Simultane-

ously, the Russian Federation organized an energy blockade towards Georgia which lasted around a decade.

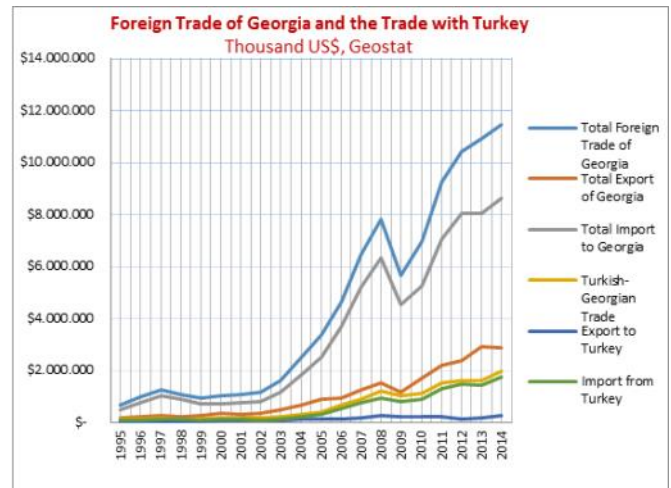
All these problems and some others quickly destroyed Georgia's economy, unemployment rose to 90 percent and only in 1995 it became possible to start a new economy based on market competition - Georgia needed to find its niche in the global market and to establish new economic ties with the world.

The very first country which supported Georgia's efforts to establish a new state and economy (or to re-establish what existed before) was its direct neighbor Turkey. As Turkish leaders showed openness to develop economic and political ties with Georgia, together with the Georgian side they made several steps to achieve progress in this direction. The so called *zero problem relationship* promoted by 76 different agreements has formed a voluntary, effective deep and friendly cooperation. In this article I am going to illustrate some of the achievements of this cooperation and the basis on which they were constructed.

The first Turkish-Georgian trade agreement was concluded in 2000 although the trade between the two nations was substantial already in the 1990s. In 1995 Turkey became a major trade partner of Georgia with around 20 percent of the total Georgian foreign trade. In the 1990s its share of Georgia's foreign turnover averaged 15 percent and remained at that level during the following decades. The total trade between the two nations amounted to USD\$ 129 million in 1995 and reached almost USD 2 billion in 2014, it increased by 15 times. A Free Trade Agreement between the two nations in 2007 resulted in an even closer and effective economic relationship. The chart below demonstrates the great success of this cooperation.

Total trade of goods and services during the observed two decades amounted around USD13.6 billion or a little less than a year GDP of nowadays Georgia.

The major export goods towards Turkey were: electricity, metals, fertilizers, clothing, fishery and cars; while the major imported goods from Turkey



were: metals, pharmaceutical goods, furniture, paper, cables etc. (2014, Ministry of Economic Development of Georgia).

Very valuable was also the Turkish contribution in the Foreign Direct Investments made in Georgia. The table below (Embassy of Turkish Republic information) illustrates this in detail for the period since 2008:

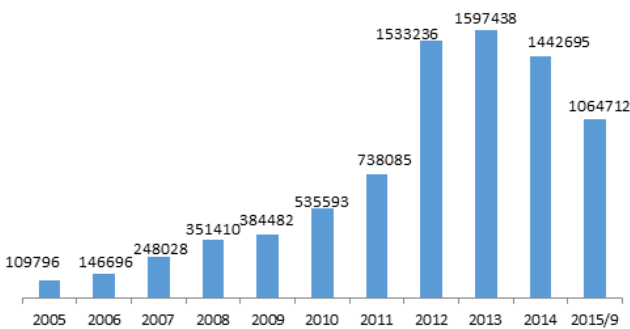
	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Total (million USD)	1,564	658	814	1,117	912	942	1,758
European Union	476	224	248	554	440	391	820
CIS Countries	95	1	91	193	87	132	448
China	-2	-2	-8	10	36	90	218
USA	168	-10	136	28	20	45	182
Turkey	165	98	92	75	81	43	63
Others	662	347	255	453	248	241	27

The total amount invested during the period of 2001-2014 was around USD 931 million. Together with remittances sent by Georgian citizens to their relatives the total Turkish participation in Georgian economy during the entire period after Georgia's independence easily exceeded 1.2 Billion USD; total volume of remittances according to the National Bank of Georgia Statistics has been around USD 355 million during the period between 2000 and 2014. The number of Turkish or Turkish-Georgian joint companies operating in Georgia that has been steadily growing and exceeded 3,200 (Geostat information) is also very impressive.

Turkey and Georgia cooperated in many other directions, such as education, tourism and health care. The total number of visitors of Georgia from Turkey during the period of 2005-2014 was 7 million. It is the result of very intensive and effective

work and decisive steps made by two nations which ended with a Bilateral Agreement, allowing citizens of each side to visit each other with an ID card only (after November 2011). Very efficient is also the system of border crossing between the countries: the service is functioning with *one window* principle. This dramatically decreased the number of procedures and the time needed for a traveler and goods to pass the border in Sarpi.

Visitors from Turkey in Georgia



The befriended nations also worked together in multilateral projects. Azerbaijan, Turkey and Georgia (together with Western Governments and Oil Companies) have been cooperating in energy and transportation infrastructural projects. The Baku-Tbilisi-Ceyhan Oil and South Caucasus (Shah Deniz) Natural Gas pipelines that were constructed and have been operating since 2006 have changed the entire geo-political and economic climate in the region, becoming a serious global partner. Since its launch in 2006 BTC (1,760 km) already pumped around 298 m tons of Oil from the Caspian Sea towards the Mediterranean port of Ceyhan (BP website information). The Shah Deniz pipeline (692 km) has the capacity to pump 8.8 Billion square meters of natural gas and became a very important mean for the energy security of the region and beyond. The Turkish investments in the energy infrastructure of Georgia during the period of 2009-2014 amounted to USD 46 million (Geostat).

The 2003 agreement between the same three nations also promises finalizing the railway between Baku and Kars (Turkey) via Tbilisi in 2015. Its capacity can reach 1 million passengers and 17 million tons per year and has to further advance the



Sarpi Border Control Office

cooperation, development and peace in the region.

This story of bilateral cooperation between Turkey and Georgia gives an interesting example of how good will and understanding of mutual needs, despite several historic and political differences in past, can create a high level of cooperation from which both sides can benefit politically and economically. The other nations in the Southern Caucasus region and beyond can learn a good lesson from this story. More openness and transparency in relations can bring more success, create new initiatives, boost the cooperation and the development in diverse economic sectors in addition to energy supply and create a climate of tolerance and peace.

Gia Jandieri, Vice-president and a founder of New Economic School, a free market think-tank in Georgia.





IMPRESSUM

Herausgeber

Friedrich-Naumann-Stiftung für die Freiheit
Fachbereich Internationales
Referat für Querschnittsaufgaben
Karl-Marx-Str. 2
14482 Potsdam-Babelsberg

Telefon: +49(331) 7019-520
Fax: +49(331) 7019-132/133

Redaktion: Johannes Issmer
E-Mail: politikanalyse@freiheit.org

Bildnachweise: Soweit nicht anders gekennzeichnet besitzt die FNF die Bildrechte an den verwendeten Fotos und Grafiken bzw. verwendet gemeinfreies Bildmaterial. Wir danken allen Urhebern für die freundliche Überlassung.